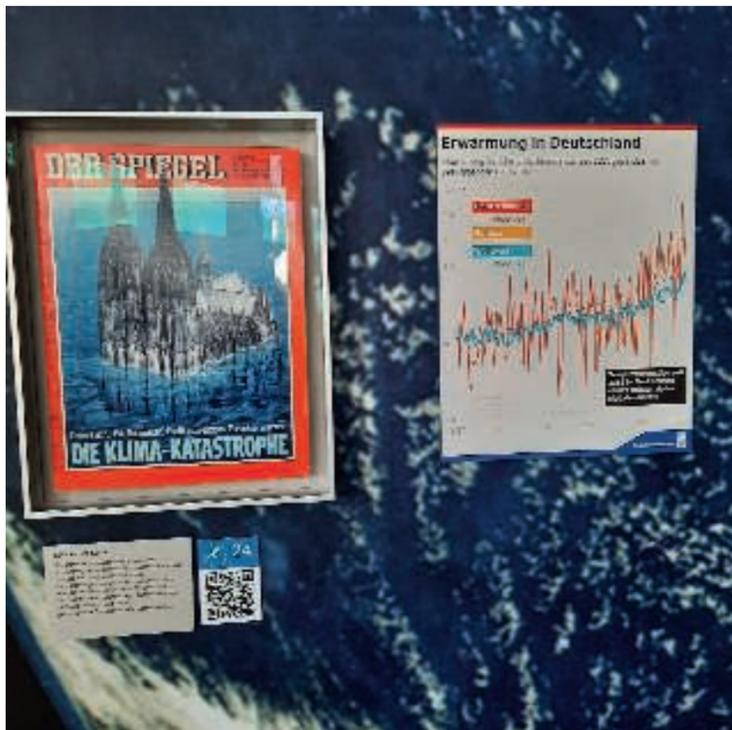




## Die Sache mit dem CO2 Ist das echt oder kann das weg?

VON LÄTTITIA CAPUCCI



Studie des japanischen Forschers Dai Ato widerlegt den menschengemachten Klimawandel. David Icke hat vor schon etwas längerer Zeit, nichtsdestotrotz aktuell, die Hegelsche Dialektik auf den Umgang der Medien mit den Realitäten angewandt erklärt. Dabei hat er folgenden Dreischritt genannt: 1. Sie (die Medien) kreieren ein Problem. 2. Die Reaktion der Bevölkerung ist dann Angst. 3. Sie bieten schließlich eine Lösung für ein Problem an, das sie selbst geschaffen haben. Zum CO2-Problem äußerte sich Bill Gates wie folgt: „Solange wir CO2 nicht nahe Null bringen, wird die Temperatur weiter steigen.“ Donald Trump hält dagegen: „Eine der dringendsten Aufgaben ist es, den Klimahysterie-Schwindel entschieden zu besiegen.“ Beide sind keine Wissenschaftler. Was sagen denn die Experten dazu?

Im geologischen Archiv kann man recherchieren und feststellen, dass sich das Klima auf der Erde schon immer verändert hat. Kalt- und Warmphasen wechselten sich ab. Die kleine Eiszeit endete erst 1850. Da ist es doch nicht verwunderlich, dass wir jetzt eine Erwärmungsphase erleben. T.me/kenjebesen veröffentlichte am 06.10.2024 die folgenden interessanten Zahlen:

„Klimawandel und CO2 – unsere Luft besteht aus 78% Stickstoff, 21% Sauerstoff, 1% Edelgase und 0,038% CO2. Davon produziert die Natur selbst etwa 96%. Den Rest, also 4%, der Mensch. Das sind 4% von 0,042%, also 0,00152%. Der Anteil von Deutschland beträgt hierbei 3,1%

der menschlichen Emission. Somit beeinflusst Deutschland mit nur 0,00004712% das CO2 in der Luft.“ Jetzt muss man sich vergegenwärtigen, dass wir Bürger in Deutschland erheblich für den angeblich „menschengemachten Klimawandel“ zur Kasse gebeten werden und dass unsere Wirtschaft für 0,00004712% CO2-Anteil von der aktuellen Regierung, aber auch schon davor von der CDU, gegen die Wand gefahren wird.

Prof. Dr. Hans Storch, ehemaliger Klimaforscher und Meteorologe, bezweifelt in einem Interview mit einem Welt-Journalisten die Basis für die Klimahysterie.

Am 05.09.2024 wurde von tkp.at, eine Plattform für Wissenschaft, der Autor ist Dr. Peter F. Mayer, über eine neue Studie des japanischen Forschers Dai Ato berichtet. In seiner Studie weist der japanische Wissenschaftler nach, dass die Oberflächentemperatur der Meere den CO2-Gehalt der Luft bestimmt.

**Damit ist der Klimaalarmismus wissenschaftlich unhaltbar.**

Milliarden von Euro könnten nun für pädagogisch wertvolle Kindergärten und Schulen ausgegeben werden.

Die hart arbeitenden Bevölkerungen der Länder, insbesondere in Deutschland, könnten wieder entlastet werden und deren Häuser und Erspartes wären wieder sicher vor staatlichem Zugriff und staatlicher Willkür.

Vor allem bräuchten aber die Menschen keine Angst mehr vor dem Weltuntergang zu haben. Im Einzelnen haben Fachleute

diese Studie geprüft und kommen zu dem Schluss, dass „die globale Temperatur der Meeresoberfläche seit 1959 der Hauptfaktor für den jährlichen Anstieg der atmosphärischen CO2-Konzentration ist. Ein menschlicher Einfluss wurde nicht beobachtet.“ Somit sind die Bemühungen der Menschen, CO2 eindämmen zu wollen, sinnlos.

(Quelle: <https://tkp.at/2024/09/05/neue-studie-die-oberflaechentemperatur-der-meere-bestimmt-den-co2-gehalt-der-luft/>)

**Die Behauptung oder die Theorie, dass der Klimawandel auf menschengemachten CO2-Anstieg zurückzuführen ist, ist falsch.**

Die CO2-Konzentration in der Atmosphäre schwankt und ist natürlichen Ursprungs. Die menschengemachten Emissionen haben darauf keinen Einfluss.

Dies wurde durch eine multiple Regressionsanalyse festgestellt. Dabei wurden die jährlichen Veränderungen der atmosphärischen CO2-Werte für jedes Jahr als Zielvariable vorgegeben. Die Meeresoberflächenerwärmungen und die menschlichen Emissionen wurden dabei genau verglichen. Die menschlichen Emissionen waren dabei aber in keinem der Regressionsmodelle (das Modell der NASA war dabei am genauesten) ein bestimmender Faktor.

**Was ist nun zu tun?**

Die Politik sollte nun zur Umkehr aufrufen und sich den wirklich wissenschaftlichen Erkenntnissen nicht weiter verschließen. Sie sollte eher ernstgemeinte Studien in Auftrag geben, die die Auswirkungen der Klimaerwärmung wirklich erforschen, um etwa betroffenen Ländern Daten oder Unterstützung zur Selbsthilfe anbieten zu können. Im Rahmen solcher Unterstützungsprojekte können die Klimaaktivisten hilfreich vor Ort tätig werden und bräuchten hierzulande keine Kunstwerke mehr zu zerstören oder sich rechtsnötigend auf Straßen zu kleben, um die fleißigen Werktätigen in ihrer Berufsausübung zu hindern.

Wir alle sollten uns wahrheitsgemäß über diese Themen informieren können. Um dieses Ziel zu erreichen, müssten sich die CDU/CSU, die SPD, die Grünen und die Linken ehrlich machen. Denn nur so können wir alle unaufgeregt und sachgerecht agieren.

wir empfehlen ...



**KONTRAFUNK**

Die Stimme der Vernunft

kontrafunk.radio

## Bürgerräte haben keinen Platz in der Demokratie!

VON EMIL HOFER



Bild © Gerd Altmann auf Pixabay

Eine wahrlich „blendende“ Idee hatte Nancy Faeser mit der Einführung der sogenannten Bürgerräte. Diesmal wurde nicht einmal mit dem Namen getrickst wie beim „Sondervermögen“, welches Schulden sind, sondern man nimmt ganz unverhohlen Anleihe bei den bolschewistischen Räterepubliken.

Räte sind Delegierte die nicht ihrem Gewissen verantwortlich sind, sondern die Interessen ihrer Wähler zu vertreten haben. Und wer hat die Räte in Deutschland ausgewählt?

Der Zufall natürlich, der dazu führte, dass eine überwiegende Anzahl der Räte aus Grünen besteht, was man an ihren Empfehlungen ablesen kann. Drei Bürgerräte wurden bisher gegründet, die Themen lauten: Klima, Ernährung im Wandel und Kampf gegen Desinformation.

Beim Klima heißt es also nicht mehr „follow the science“, denn das zieht nicht mehr, weil die Bevölkerung gemerkt hat, dass „die Wissenschaft“ von der Regierung bezahlt ist (Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung, Max-Planck-Institut, Fraunhofer-Institut, um nur einige Beispiele zu nennen). Also sollen es jetzt die Räte richten.

Dass die Ernährung im Wandel sein muss, steht schon im Titel. Also nicht gesunde Ernährung ist das Ziel, sondern nach politischen Gesichtspunkten veränderte Ernährung, auch hier sind die Räte ja keine Ernährungswissenschaftler, Frauen und Männer, die Zeit zum Raten haben, also vermutlich nicht berufstätig sind. Und der Kampf gegen Desinformation?

Ja, das kennen wir, damit kann dann der Rest an unliebsamen Meinungen erschlagen werden. Der Innenministerin ist offensichtlich entgangen, dass eine staatliche Lenkung des Ernährungsverhaltens und flächendeckende Zensurmaßnahmen dem Grundgesetz widersprechen.

Dafür gibt es eine sogenannte „Ewigkeitsklausel“, nach der das Grundgesetz niemand in seinen grundlegenden Zielen verändern darf. Zur Intensivierung der Zensur hat Nancy Faeser gleich noch das „Forum gegen Fakes“ gegründet, dem 120 Bürgerräte angehören.

Am 12. September 2024 wurden von diesem Forum Handlungsempfehlungen für Politik, Medien, Wirtschaft und Zivilgesellschaft (also alle) veröffentlicht und unter anderem ein „Desinformationsranking“ zu Aussagen von Politikern“ gefordert. Dieses Ranking soll dann von verurteilten Verbreitenden von Falschinformationen wie Correctiv erstellt werden.

Natürlich soll es auch ein Gütesiegel für Medien geben, die der Regierungsmeinung am nächsten stehen. Die Empfehlung lautet: „Die Bundesregierung möge prüfen, ob auf Grundlage der Definition von Desinformation eine strafrechtliche oder anderweitige Verfolgung möglich ist.“ Ulrich von Suntum, der ehemalige Generalsekretär des Sachverständigenrates der Wirtschaftsweisen, fasst es so zusammen: „Der Bürgerrat empfiehlt nichts anderes als einen Frontalangriff auf die Meinungsfreiheit“.

# 02 | Politik

## „Die Ära Milei: Argentiniens neuer Weg“

VON KARIN LUDWIG



Foto: Javier Milei, 50th G7 summit - wikipedia.org CC BY 4.0

„Die Ära Milei: Argentiniens neuer Weg“ von Philipp Bagus - sehr lesenswert.

Es hat mich auch inspiriert.

(Rezension zum Buch siehe unten)

### Mehr Freiheit wagen

Den Rechten ist es egal, mit wem Du handelst, aber nicht egal, mit wem Du ins Bett gehst. Den Linken ist es egal, mit wem Du ins Bett gehst, aber sie behindern den freien Handel. Den Libertären ist es sowohl egal, mit wem Du handelst, als auch, mit

wem Du ins Bett gehst.

### Frei nach Javier Milei

Knapp 60 Jahre Lebenserfahrung lehrten mich, dass die ökonomische Freiheit weitaus wichtiger ist als die sexuelle. Ganz nebenbei erhöht ein gewisser ökonomischer Status auch die Auswahl an potentiellen Partnern...

Die „Freiheiten“ der Linken sind nichts wert, wenn die ökonomische Grundlage fehlt. Die roten, grünen, teilweise auch

gelben und schwarzen Kulturmarxisten in Politik und Medien erlauben uns großzügig die freie Wahl des Geschlechts und den Gebrauch von Cannabis, wollen aber vorschreiben, wie wir denken, wählen, essen, heizen und uns fortbewegen sollen. Sie begrüßen frei hängende Geschlechtsorgane in der Öffentlichkeit und Trans-Propaganda in Kindergärten, aber erachten es als problematisch, wenn sich eine Frau für die traditionelle Mutterrolle entscheidet. Sie befürworten nebenwirkungsreiche Hormontherapien und verstümmelnde Operationen auch für Minderjährige - und drohen mit Kindesentzug, wenn die Eltern das ablehnen.

Bereits seit Jahren verweigert unsere politische „Elite“ die Lösung echter Probleme, von denen es wahrlich genug gibt: Staatsschulden, zerfallende Infrastruktur, unkontrollierte Massenmigration, drohender Zusammenbruch der Sozialsysteme, zunehmende Gewaltkriminalität, Deindustrialisierung - um nur einige zu nennen. Stattdessen widmet man sich Scheinproblemen wie „Klimarettung“, einer „Jahrhundertpandemie“ (die sich im Nachhinein als mittlere Grippewelle erwies) oder „Geschlechtergerechtigkeit“.

Diese selbst definierten Probleme löst man allerdings auch nicht, sondern nutzt sie nur, um Steuern zu erhöhen und unsere Freiheit weiter einzuschränken. Die Ampel-Regierung geht dabei so rücksichtslos vor wie keine ihrer Vorgänger, aber die schleichende Ausbreitung staatlicher Bevormundung und Ausplünderung entwickelte sich

über Jahrzehnte. Dabei sind wir Bürger nicht unschuldig. Wir haben die Almosen und Wahlgeschenke nur zu gern angenommen und mit unserer Stimme belohnt.

Doch irgendwann geht der staatlichen Umverteilungsmaschinerie das Geld anderer Leute aus und dieser Zeitpunkt rückt immer näher. Statt nach immer mehr staatlichen Eingriffen zu rufen, sollten wir endlich erkennen, dass der Staat nicht die Lösung, sondern das Problem ist. Der Staatsapparat wurde immer weiter aufgebläht, immer mehr überflüssiges Personal in staatlichen Institutionen, zwangsfinanzierten Medien, NGOs und sonstigen „Aktivisten“vereinen schmarotzt auf unsere Kosten und schreibt uns vor, wie wir zu denken und zu leben haben. Dazu kommen noch 4 Millionen erwerbsfähiger Bürgergeldempfänger, von denen knapp die Hälfte noch nicht einmal deutsche Staatsbürger sind.

Wir sollten wieder mehr Verantwortung für unser eigenes Leben und unsere Familie übernehmen statt auf „den Staat“ zu zählen. Eine Gesellschaft, in der sich zu viele Menschen darauf verlassen, dass ihre Probleme von anderen (vom Staat) gelöst werden, ist zum Scheitern verurteilt.

Ob es für die jungen Leute von heute jemals eine gesetzliche Rente geben wird, ist mehr als fraglich: Eigenvorsorge ist angezeigt. Wir sollten unseren Nachbarn die Früchte ihrer Arbeit gönnen und als Ansporn für eigene Leistung nehmen statt nach „Reichensteuern“ zu rufen. Wenn alle „Reichen“ das Land verlassen oder ihre gewinnbringende Tätigkeit

eingestellt haben, sind wir plötzlich selbst „Reiche“, die ausgeplündert werden müssen, um die Bedürfnisse anderer zu befriedigen.

Und wir sollten NEIN sagen zu jeder Art staatlicher Bevormundung. So lange wir unseren Lebensunterhalt mit ehrlicher Arbeit bestreiten, ist es allein unsere Entscheidung, wie wir reden, wie wir wählen, was wir essen, wie wir unsere Freizeit gestalten und wohin wir in den Urlaub fliegen. Jede Reinigungskraft, die morgens aufsteht, um den Dreck anderer Leute zu beseitigen, tut mehr für unsere Gesellschaft als jeder mit Titeln und Orden behängte „Experte“, dessen Hauptaufgabe darin besteht, uns zu bevormunden.

Wir könnten ohne diese „Eliten“ in Politik und Medien sehr gut leben - aber sie sind auf unsere Steuern und Zwangsgebühren angewiesen. Wir können diese zwar nicht so einfach verweigern, aber wir können in Diskussionen während des baldigen Wahlkampfs, bei der Arbeit oder Elternversammlung und bei jeder anderen sich bietenden Gelegenheit klarmachen:

Es reicht! Wir sind mehr! Und wenn wir das deutlich genug ausdrücken, werden auch alle Zensur- und Einschüchterungsmaßnahmen unsere Freiheit nicht mehr unterdrücken können. Das hat 1989 in der DDR funktioniert und das linkstotalitäre System wurde gestürzt. Allerdings sollten wir es diesmal richtig machen und nach argentinischem Vorbild den Staat auf ein Mindestmaß schrumpfen lassen. Es liegt nur an uns.

**Viva la libertad carajo!**

## Rezension zu „Die Ära Milei“ von Philipp Bagus

VON KARIN LUDWIG

Philipp Bagus' Buch wurde im September 2024 bei Langen-Müller veröffentlicht. Auf 264 Seiten (inklusive Literaturverzeichnis) bietet der Autor einen interessanten Überblick über den Werdegang, die Ideen und Ziele des im Dezember 2023 vereidigten argentinischen Präsidenten Javier Milei, der in deutschen Medien gern als „ultraliberal“, „ultrakonservativ“ und/oder „rechtspopulistisch“ geframed wird. Eine gute Gelegenheit, sich ein eigenes Bild zu machen! Im Vorwort beschreibt Javier Milei selbst seinen Werdegang vom traditionell staatsgläubigen Wirtschaftswissenschaftler zum libertären Anarchokapitalisten. Er erklärt überzeugend seine Motivation, ins schmutzige Geschäft der Politik einzusteigen - statt nur die hehre Theorie in den Medien zu verbreiten. Auch Philipp Bagus widmet sich

zunächst der Biographie Mileis: Sohn einer mittelständischen Familie, begeisterter Fußballspieler, „economista“ und Hundeliebhaber. In den weiteren Kapiteln werden Mileis Ideen, sein charismatisch-polarisierendes Auftreten in den Medien, seine wirtschaftlichen und politischen Prinzipien und sein Pragmatismus bei ihrer Durchsetzung näher erläutert. Bagus bietet auch einen kurzen Einblick in die Lehren der österreichischen Schule der Volkswirtschaft. Deren Kenntnis sollte eigentlich Grundvoraussetzung für jeden sein, der sich anmaßt, Wirtschaftspolitik zu betreiben, denn hier wird für jeden Laien verständlich dargelegt, warum kollektivistische Planwirtschaft immer wieder scheitern muss. Schließlich stellt Bagus die Erfolge dar, die Milei bereits in den ersten Monaten seiner

Amtszeit erreichen konnte: Senkung der Staatsausgaben um 35 Prozent in den ersten 100 Tagen, massiver Rückgang der Inflation, Entspannung am Wohnungsmarkt - um nur einige zu nennen. Besonders beeindruckend dabei ist, dass Milei im Gegensatz zu seinen politischen Gegnern nie auf populistische Wahlversprechen setzte, sondern die Wahl damit gewann, dass er seinen Anhängern von Anfang die Situation realistisch beschrieb („No hay dinero.“) und detailliert den Weg zur Lösung aufzeigte. Dabei vergleicht Bagus Mileis Reformen immer wieder mit denen von Ludwig Erhard, die das deutsche Wirtschaftswunder erst ermöglichten. Damit leitet Bagus auf die aktuelle Situation in Deutschland über. Argentinien brauchte Jahrzehnte, um von einer führenden Wirtschaftsmacht zum failed

state zu degenerieren, die deutschen Regierungen der letzten zehn Jahre legen dabei eine deutlich höhere Geschwindigkeit vor.

Doch offenbar geht es uns immer noch zu gut, die Staatsgläubigkeit ist zu groß, um die notwendigen Veränderungen einzuleiten. Immerhin gibt es Hoffnung: In seinem Nachwort schildert Markus Krall einen Fahrplan, wie man Mileis Reformen auch in Deutschland und auch gegen alle Widerstände aus Brüssel umsetzen könnte.

Bagus' Buch ist sicher kein literarisches Meisterwerk, der rote Faden ist nicht immer erkennbar. Ebenso wenig ist Mileis Politik das Maß aller Dinge, auch sie bietet mehrere Ansätze zur Kritik. Dennoch ist „Die Ära Milei“ absolut lesenswert - und sei es auch nur zur Erweiterung des eigenen Horizonts.



Philipp Bagus: Die Ära Milei: Argentiniens neuer Weg.

Taschenbuch 22 €, Kindle 16,99 € ISBN: 978-3-7844-3719-4

# Die Deutschen Gerichte sind unabhängig

VON EMIL HOFER



Am 14. August 2024 scheiterte die Innenministerin mit dem Verbot der Zeitschrift „Compact“ vor dem Bundesverwaltungsgericht.

In der Folge musste das Innenministerium alle entwendeten Gegenstände, von Datenträgern bis zu den Bürostühlen, wieder brav zurückbringen.

Mit dieser intellektuellen Meisterleistung hat sich die Innenministerin blamiert und bloßgestellt wie niemand vor ihr. Jürgen Elsässer, der Herausgeber der Zeitschrift, konnte triumphierend die erste neue Ausgabe nach der Attacke veröffentlichten und hat vermutlich einen enormen Zuwachs an Abonnenten verzeichnen können.

Nun ist die derzeitige Bundesregierung, der die Innenministerin angehört, ja nicht gerade als erfolgreich bekannt.

Die Regierung hat auch nicht bis zum Ende der Amtszeit Bestand. Was folgt? Derzeit sind Neuwahlen für den 23. Februar 2025 anberaumt. In dieser Situation gibt nun im Oktober 2024 das Bundesverwaltungsgericht bekannt, dass die Verhandlung über das Zeitungsverbot auf Ende Juni 2025 verschoben wird. Das passt zu den Neuwahlen im

Februar, denn dann wird die Innenministerin bei der Urteilsverkündung nicht mehr im Amt sein, selbst wenn es nicht zu vorzeitigen Neuwahlen kommen sollte.

Artikel 97 Absatz 1 des Grundgesetzes (GG) regelt die sogenannte sachliche Unabhängigkeit und schreibt vor: „Die Richter sind unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen.“ Damit ist gemeint, dass Richterinnen und Richter bei ihrer Tätigkeit frei von Weisungen oder sonstigen unzulässigen Einflussnahmen handeln und nur an das Gesetz gebunden sind.

# Wen kümmert schon die Demokratie?

VON PETER BERGHOFF

Demokratie scheint für die Mächtigen zunehmend eine vage Entscheidungsoption zu werden, statt das stabile Fundament des Volkssouveräns. Zumindest werden demokratische Entscheidungen immer häufiger infrage gestellt und das im immer kürzerem Abstand.

Die stärksten Auswirkungen haben dabei heute die zur Maidan-Revolution geführte Wahl des ukrainischen Präsidenten Janukowitsch in 2010, der die Ukraine neutral halten und ein Assoziierungsabkommen mit der EU nicht unterzeichnen wollte. Er musste 2014 sein Land im Rahmen der Revolution

verlassen. Mit einer entsprechenden Vorgeschichte und über verschiedene Eskalationsstufen führte das zum jetzt bald drei Jahre dauernden Ukrainekrieg, bei dem es im wesentlichen um die Einflussgrenzen zwischen den USA und Russland geht.

Auch in Deutschland scheinen demokratische Entscheidungen seit der Wahl des FDP-Politikers Kemmerich zum Thüringer Ministerpräsidenten in 2020 ein eher loser Entscheidungsvorschlag zu sein. In seinem Fall intervenierte die damalige Kanzlerin Merkel und entschied, dass diese Wahl rückgängig zu machen sei. Das dieses Vorgehen

gegen die Verfassung verstoßen hat, wurde 2022 zwar gerichtlich festgestellt, hatte aber keine weiteren Auswirkungen.

2023 ist die ehemalige Kanzlerin mit dem höchsten Verdienstorden ausgezeichnet worden. In 2024 häufen sich die Forderungen, Wahlen rückgängig zu machen.

Im Oktober wurde in Georgien die Partei „Georgischer Traum“ mit 54% zum Sieger der Parlamentswahlen. Kurz danach begannen Proteste und die Wahl wurde angefochten. Auch hier geht es im Wesentlichen um die Frage, ob Georgien einen neutralen Weg beibehalten soll,

was die Position des gewählten „Georgischen Traums“ ist oder ob sich das Land dem Westen angliedert soll, was die Demonstranten fordern.

Dabei kann man sich düsteren Vergleichen zur Entwicklung in der Ukraine kaum entziehen. Im November stellte schließlich das oberste Gericht Rumaniens die Präsidentschaftswahlen infrage. Zu viele kritische Beiträge in den sozialen Medien führten zur Vermutung der Einflussnahme von Außen.

Zwar hat das Gericht nach erneuter Auszählung das Ergebnis bestätigt und die Fortführung der Stichwahl

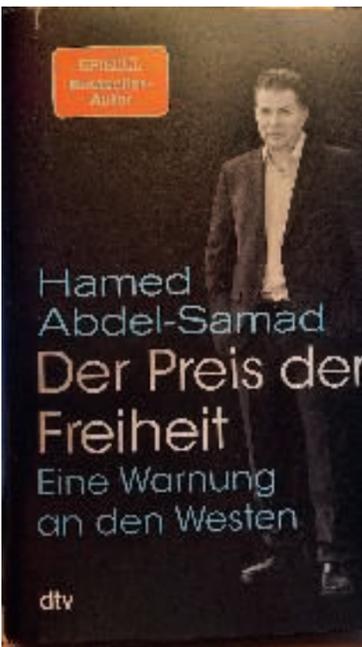
beschlossen, letztlich bleibt aber auch hier der fahle Beigeschmack einer Anerkennung demokratischer Wahlen nach Gesinnung.

Der Westen, Europa und Deutschland stehen jedenfalls nicht mehr für demokratische Kultur und Volkssouveränität.

Immer stärker werden demokratische Entscheidungen durch Manipulation über gelenkte Informationen beeinflusst, politische Koalitionen richten sich gegen den Wählerwillen oder demokratische Wahlen werden annulliert. Alles in allem keine beruhigenden Aussichten für den Volkssouverän.

# Rezension: Hamed Abdel-Samad. Der Preis der Freiheit. Eine Warnung an den Westen.

VON LÄTTIA CAPUCCI



bedroht. Aber nicht erst jetzt, schon seit 2015 durch die unsägliche Merkel-Politik. Wer kann die Opfer in unserem Land noch zählen? Merkel ist weg, die Bedrohung bleibt, ignoriert, oder gar toleriert, durch CDU/CSU, SPD, Linke, Grüne.

Der Ägypter Hamed Abdel-Samad (teilweise Mitglied der Islamkonferenz in Deutschland) hat sich vom Islam und jeglicher Religion distanziert und begründet seine Sichtweise auf den Islam und seine Auswirkungen hier in Deutschland kritisch als „Insider“. Dadurch ist er mit der Fatwa belegt worden und kann sich wie Salman Rushdie ohne (für Deutschland teure Bewacher) nicht frei bewegen. Ironischerweise ist das sein Preis für seine eigene geistige Freiheit.

Er berichtet uns von verschiedenen Aspekten, wie die Ansicht der Muslime über Freiheit, die sie als Kampfbegriff betrachten, vor allem gegen Israel und den Westen. Darin spiegelt sich ein kollektiver Minderwertigkeitskomplex wider, weil sie aufgrund der geistigen Begrenztheit,

die der Islam und auch andere monotheistischen Religionen für seine Gläubigen übrig hat, nie oder nur mit Neid auf die Errungenschaften der europäischen Aufklärung blicken können. Diese Errungenschaften dürfen wir nicht leichtfertig aufs Spiel setzen.

Die vielleicht interessanteste Stelle in seinem Buch ist die Schilderung wie seine Mutter, einst eine junge, freie, kopftuchlose Kairoerin, die zweite Frau eines Imams (seines Vaters) in einem Dorf bei Kairo wurde, nach einiger Zeit einen Schleier trug und auch die Beschneidung seiner zwei Schwestern duldete („... dass der Zwang zum Kopftuch immer einen Weg findet, sich als Freiheit zu definieren.“)

Die Ehe der Eltern verlief nicht ohne Gewalt, weil ein muslimischer Mann, noch dazu der Imam, der Dorfföfentlichkeit zeigen muss, wer im Haus das Sagen hat. Diese Strukturen ändern sich nicht so schnell. Die Männer wollen auch keine Änderung. Der Junge Hamed ist darüber zerbrochen.

Er konnte nur zusehen und seiner

Mutter nicht helfen. Allerdings hat dieser Umstand ihn zum Nachdenken gebracht. Er hat die Religionen als solche kritisch überdacht und sich von ihnen, nicht ganz ohne eigenen psychischen Zusammenbruch nach erlittenem Kulturschock nach seiner Übersiedelung nach Deutschland, distanzierter. Abdel-Samad ist also einer, der weiß, wovon er schreibt.

Interessant ist auch seine Schilderung der inneren Zerrissenheit vieler Muslime, die wie er, Gewalterfahrungen im Clan und in deren Gesellschaft ausgesetzt sind, und dadurch eigentlich schon traumatisiert z.B. nach Deutschland kommen, um hier in einer Blase zu leben.

In der Fremde erscheint ihnen dann das Vertraute der Heimat so schön und richtig. Sie kommen im Gastland nicht zurecht. Die Erkenntnis, dass „der Islam politische und juristische Elemente enthalte, die mit der Demokratie nicht vereinbar seien“ tut ihr Übriges. Weil aber unsere Gesellschaft, die aufnehmende Gesellschaft, selbst gefangen „in der Toleranzfalle“

steckt, wehren wir uns nicht entsprechend. Zudem befinden wir uns selbst in einer ewigen Schuld-Mentalität nach den zwölf Jahren Nazi-Herrschaft mit allen ihren entsetzlichen Ausuferungen.

Nicht nur die Muslime, auch wir sollten an uns arbeiten, um eine gesunde Sichtweise zu entwickeln, wozu man natürlich eine „gesunde Regierung“ braucht, die den Bürgern Freiheit und Demokratie zur Verfügung stellt, auf deren Basis dann Entwicklung stattfinden kann.

„Religion, Dogmen, Ideologien, starre Identitäten und Clankulturen sind statisch und verlangen von uns Gehorsam und Konformität, um ihre Unbeweglichkeit zu sichern. Deshalb sind sie Feinde der Freiheit. Der Kampf gegen diese statischen Glaubenskulturen ist die Pflicht eines jeden freien Menschen.“

Diese gut gemeinte „Warnung an den Westen“, übrigens ein Spiegel-Bestseller, erschien bei dtv, ISBN 978-3-423-28441-7 und ist für Euro 24,- zu haben.

# Die Aussteiger des Jahres 2024



Die Auflösung des Kreuzworträtsels von Seite 12:

S U B E R T E J E S H O V

## Globaler Wertanspruch links – grün - unrechtsstaatlich

VON PETER BERGHOFF



Bild von © Manfred Kleine-Hartlage auf Pixabay

„Jeder Jeck ist anders“, besagt eine Kölner Lebensweisheit, und die mitunter stark voneinander abweichenden Meinungen der Jecken unterstreichen das. Das betrifft nicht nur die Meinungen der Einzelnen, sondern ebenso die unterschiedlichen Wertesysteme der Völker. Auch diese weichen voneinander ab, weil sie sich aus der Geschichte des jeweiligen Volkes entwickelt haben, und deren Existenzrecht wird unter anderem in Artikel 1 der „Charta der Vereinten Nationen“ und der „Erklärung über die Grundsätze des Völkerrechts“ der UN-Generalversammlung formuliert. [1]/[2] Deutschlands feministische Außenpolitik hat hier einen anderen Standpunkt [3]. Die hier formulierten Werte werden als universell geltend betrachtet und als Maßstab für das zwischenstaatliche Miteinander. Dieser Wandel hin zu einem globalen Wertanspruch ist ein Aspekt gesellschaftlicher Veränderung, den das „Institut für Gesellschaftsentwicklung“ in den letzten Dekaden in Deutschland beobachtet hat und die zu einer Untersuchung in 2024 führte.

Dabei wurden zwei Aspekte bewertet. Zum einen, welches Wertesystem bei zeitgleichem Gültigkeitsanspruch unterschiedlicher Kulturen gilt. Auf der anderen Seite wurde untersucht, welche Grundlagen für die Bewertung von Situationen in unterschiedlichen Epochen als gerecht betrachtet wird. Dabei zeigte sich eine grundsätzliche Zustimmung der Teilnehmer zu globalen Werteaussagen. Übergeordnete politische Strukturen werden also angestrebt, was eine Erklärung für die große Zustimmung zu (trans-)nationalen Strategien während der Corona-Zeit bieten würde. Auch die unkritische Abtretung nationaler Entscheidungshoheiten an die WHO entspricht dem. Subsidiarität, also die Entwicklung von Lösungsstrategien auf möglichst lokaler Ebene, findet damit weniger Unterstützung. Interessanterweise stimmten Personen mit linksgrüner Einstellung besonders stark für einen globalen Werteansatz. Damit entspricht das Ergebnis der Studie der aktuellen politischen Situation in Deutschland. Das fundamentale Versagen jenes globalen Ansatzes während der Coronakrise lässt dabei Schlimmes für das zukünftige Wohl der Bevölkerung befürchten. Bei der Bewertung von Situationen in konkurrierenden Wertesystemen, zum Beispiel im Auslandsurlaub, zeigten sich zwei Einflussfaktoren. Der eine sieht die eigenen Werte eher als universell an, der andere relativ zur Situation. Allerdings sind die Faktoren eng miteinander verbunden und durchdringen sich mitunter. Hier besteht weiterer Unter-

suchungsbedarf, um die Faktoren voneinander zu trennen. Als besonders dramatisch müssen die Einflussfaktoren für Situationen bezeichnet werden, die eine Bewertung verschiedener Epochen betrifft. Hierbei wurde abgefragt, welches Wertesystem bei der Rückgabe von Kulturgütern anzusetzen sei. Der rechtsstaatliche Grundsatz „Keine Strafe ohne Gesetz“, der die zu Zeit der Handlung geltenden Werte und Normen als Maßstab, fand die geringste Akzeptanz. Der Standpunkt des Ursprungslandes solcher Kulturgüter wird hingegen als entscheidend betrachtet. Ob und wie weit vertragliche Vereinbarungen über Kunstkäufe auch in Zukunft rechtens sind, würde damit von den Nachfahren der Künstler abhängen. Der Erwerb von Kunstwerken ist dadurch mit erheblicher Unsicherheiten verbunden. Hier zeigt sich, dass rechtsstaatliche Prinzipien zumindest aktuelle der intuitiven Bewertung durch die Bevölkerung entgegenstehen. Dabei stellt sich die Frage, ob dieser Widerspruch Resultat eines tiefergehenden psychologischen Mechanismus ist oder Ausdruck der aktuellen politischen Stimmung. Insgesamt geben die Ergebnisse keinen Grund zur Entwarnung. Auch, wenn auf breiter Front konservative Akteure an Einfluss gewinnen, bleiben strukturelle Mechanismen, die einen Grünen Sozialismus unterstützen. Wollen wir dieser gesellschaftszerstörender Entwicklung nachhaltig entgegenwirken, müssen wir uns dem Problem auf gesellschaftlicher Ebenen und in breiter Front stellen.



[1] <https://www.un.org/depts/german/gv-early/ar2625.pdf>



[2] <https://unric.org/de/charta/#kapitel1>



[3] <https://www.auswaertiges-amt.de/de/ausussenpolitik/feministische-aussenpolitik/leitlinien-ffp-2584950>

## Gerichte delegitimiert

VON ENZO RAUCH



Bild von © Bruce Emmerling von Pixabay

Zur Sommerszeit tat sich ein Schreckliches auf Sylt. Einige Jugendliche hatten Spaß bei

einem Song von Gigi D'Agostino und haben übersehen, dass sie dabei gefilmt wurden. Die

Filmenden verstanden aber keinen Spaß und stellten die Filme ins Internet, wo sich sofort brave Denunzianten fanden, die diese an die Staatsanwaltschaft weiterleiteten, die sofort intensive Ermittlungen (im Auftrag der Innenministerin) begannen.

Die Medien halfen fleißig mit, nicht bei der Bewertung der Geschehnisse, sondern bei der Verurteilung der jugendlichen „Täter“. Wie bei jedem Skandal ebte nach Wochen der Aufregung die Berichterstattung ab, denn die Verurteilung war nun jedem in Deutschland klar.

Monate später kamen die Freisprüche der schon Verurteilten durch die Gerichte,

## Rezension: Markus Krall - D!e Stunde Null

VON LÄTITIA CAPUCCI



Ein neues Wirtschaftswunder ist möglich.

Glaubt man dem Journalisten Martin Hans, der in der JF Nr. 48/24 vom 22.11.2024 in seinem Artikel „Kein zweites Wirtschaftswunder“ darlegt, dass es mit den Asylzuwanderern mangels entsprechender Mentalität, Phantasie und kultureller Prägung nicht möglich ist, wieder ein Wirtschaftswunder zu erreichen, wird man in dem neusten Buch von Markus Krall eines Besseren belehrt. Der Autor stellt dar, wie wir trotz der aktuellen Misere auf allen Ebenen des Staatswesens die Kehrtwende wieder erreichen könnten.

Allerdings wird es diese nicht zum Nulltarif geben. Wir brauchen einen Machtwechsel und innerhalb der ersten 100 Tage danach sollten wir an der Verschlingung des Staates arbeiten, die Gängelung des Bürgers stoppen und uns an die Rückeroberung der moralischen und ethischen Werte machen. So weit, so gut und nachvollziehbar, denn der Autor gibt im Hinblick der Umsetzung Tipps und zeichnet Wege auf.

Doch es wäre nicht der Finanzexperte Markus Krall, wenn er dabei nicht an einen

„krallharten“ Kurs dächte. Dass er die verfehlte Massenmigration konsequent rückabwickeln würde, das schlagen auch andere vor und das ist auch logisch, nachvollziehbar, dringend geboten und bei Anwendung bestehender Gesetze mittelfristig möglich. Dass man aber auch die zugegebenermaßen finanziell ausgeuferte Sozialpolitik radikal zurück-fahren kann, ist so schnell und einfach nicht zu realisieren.

Denn viele Menschen sind auf sich allein gestellt aus verschiedenen Gründen nicht fähig, wirtschaftlich zu überleben. Diese kann man nicht einfach im Stich lassen. Für sie sollte eine Solidargesellschaft weiterhin da sein. Und auch an einer Verschlingung des Staates am Beispiel NRW ist vor Jahrzehnten schon der damalige SPD-Ministerpräsident (2002 – 2005) Wolfgang Clement gescheitert, der diesen richtigen Schritt noch nicht einmal für NRW hinbekommen hat. Krall geht davon aus, dass eigentlich nur drei bis vier Ministerien benötigt würden. Wohin aber mit all den freigesetzten Beamten und Angestellten, wo die Wirtschaft derzeit ja eh kollabiert?

Markus Krall spricht in seinem Werk die zwar wichtigen und richtigen Themen an, jedoch sind sie nicht immer vollumfänglich umsetzbar und es fehlt das reformierte Sozialgitter, denn ganz ohne Schutz und doppelten Boden wären wir in der radikalen US-amerikanischen Gesellschaft angekommen. Wollen wir das?

Noch ein Gedanke drängt sich nach der Lektüre auf: Möglicherweise hat seine teilweise radikale Sichtweise zum Bruch mit Hans-Georg Maassen nach der Gründung der Werteunion geführt. Denkbar wäre es.

Aber der geneigte Leser sollte sich selbst ein Bild machen: Markus Krall. D!e Stunde Null. LMV. 2024. ISBN 978-3-7844-3707-1, ist für Euro 22,- zu haben.

was aber kaum jemanden mehr interessierte, denn der Fall war ja abgeschlossen.

Anno dazumal kam es in Thüringen zu einer Ministerpräsidentenwahl und es wurde der bürgerliche Parteiobere der FDP, Thomas Kemmerich, Unternehmer und Familienvater, demokratisch gewählt.

Der damaligen Bundeskanzlerin gefiel das aber nicht und so gab sie aus dem fernen Südafrika den Befehl, dass diese Wahl rückgängig zu machen sei.

Die Presse jubelte, ob der klaren und undemokratischen Worte, heizte dem neuen Ministerpräsidenten dermaßen ein, dass dieser frustriert die Brocken hinschmiss. Damit war der alte

Ministerpräsident aus der SED, häufig als Linksextremist titulierte, wieder im Amt und die Presse war vier Jahre mit diesem Zustand zufrieden.

In der Biographie von Thomas Kemmerich bei Wikipedia kommt die Bundeskanzlerin nicht vor. Künftige Generationen sollen vor diesen Vorkommnissen verschont bleiben.

Natürlich nahm die Staatsanwaltschaft sofort die Ermittlungen ob dieses rechtswidrigen Vorfalles auf und arbeitete mit Hochdruck daran, eine Urteil möglichst nach Beendigung der Amtszeit dieser Kanzlerin im Namen des Volkes zu verkünden. Aber Recht gesprochen hat auch hier nicht das Gericht, sondern die Journaille.

# Wenn nicht Ethnie und Kultur, was denn dann?

## Der umstrittene Volksbegriff und seine juristische Reduzierung auf den „Passdeutschen“

VON PETER BERGHOFF

„Dem deutschen Volke“ steht auf dem Berliner Reichstag, in dem auch die Regierung sich dem „Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren und Schaden von ihm wenden“ sollte.

Doch die Bedeutung des Volksbegriffes ist umkämpft, wird vom sozialistischen Lager mit dem Völkischen, dem Braunen Sozialismus und dem Sozialdarwinismus gleichgesetzt.

Er wird also mit negativen Attributen belegt, wenngleich nur für Deutsche. Bei anderen Völkern wird die kulturelle Eigenart und deren Selbstbestimmung durchaus wertgeschätzt.

Für den aktuell dominierenden Sozialkonstruktivismus<sup>1</sup>, der Realität als sozial konstruiert und damit als durch die Mächtigen frei modulierbar betrachtet, sind solch unterschiedliche Wertmaßstäbe kein Problem. Gesellschaftliche Strukturen werden hier durch entsprechend formulierte und ständig wiederholte Narrative zur Realität.

Das betrifft auch materielle und physikalische Aspekte, wie zum Beispiel die Definition des Geschlechts abseits von X- und Y-Chromosom. Die Unterdrückung abweichender Fakten ist dabei logische Konsequenz.

Im Rahmen der initiierten Massenmigration, der damit einhergehenden ethnischen Veränderungen sowie der damit

bedingten gesellschaftlichen Destabilisierung nimmt aber die Frage nach dem Selbstbestimmungsrecht der Deutschen zu. Dass multikulturelle Staaten meist nur durch Repressionen zusammengehalten werden, zeigt der Zerfall Jugoslawiens in seine ethnischen Einheiten nach dem Fall des sozialistischen Regimes<sup>2</sup> und der Zerfall der Sowjetunion selbst. Der ethnische Aspekt scheint also wesentlich für eine stabile Gesellschaft zu sein.

Die UNO<sup>3</sup> sagt dazu in ihren Internationalen Pakten über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte „Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung.

Kraft dieses Rechts entscheiden sie frei über ihren politischen Status und gestalten in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung“. Von einer soziologischen - oder vielleicht doch eher sozialistischen - Konstruktion des Volkes ist hier jedenfalls nicht die Rede.

Der rechtliche Stein des Anstoßes ist die Unterscheidung zwischen zwei unterschiedlichen Volksbegriffen. Auf der einen Seite dem der Ethnie, der eine kollektive Identität zugesprochen wird, resultierend aus Herkunftssagen, Abstammung, Geschichte, Kultur, Sprache, Religion, die Verbindung zu einem spezifischen Territorium oder ein Gefühl der Solidarität sowie auf der anderen Seite dem Staatsvolk, dem Demos, zu dem formaljuristisch alle gehören, die ein

entsprechendes Dokument haben. Die derzeitige juristische Interpretation 5 von Artikel 116 Absatz 1 Grundgesetz, die die Volkszugehörigkeit definiert, fokussiert ausschließlich auf das Staatsvolk, also auf die Inhaber eines entsprechenden Dokumentes.

Die unantastbaren Menschenrechte in Artikel 1. Absatz 1 Grundgesetz (GG) werden dahingehend interpretiert, dass es eine „prinzipielle Gleichheit aller Menschen“ gibt. Diese Gleichheit gilt grundsätzlich und erlaube nicht einmal eine theoretische Unterscheidung zwischen den Ethnien.

Dieses ist dann sinnvoll und zweckmäßig, wenn es um Menschen geht, die sich unserem Land verpflichtet fühlen und ein Teil dieser Gemeinschaft werden wollen.

Unter dem Zeichen der ethnischen Veränderung durch die Massenmigration entspricht das Ausblenden von Unterschieden zwar der ideologischen Doktrin, es führt aber zu den soziologisch vorhersagbaren und jetzt zunehmend sichtbaren Auswirkungen von Gewalt, Fremdbestimmung und wirtschaftlicher Rezession.

Die derzeitige Rechtsprechung hat somit massive Mängel, wenn es um die Berücksichtigung der Realität geht.

Sie verletzt aber auch den Gleichbehandlungsgrundsatz, wenn mit Artikel 1 Absatz 1 GG

aus einer global gültigen Würde des Menschen die ethnischen Aspekte anderer Völker berücksichtigt werden, diese aber dem deutschen Volk durch die Reduzierung auf das Staatsvolk abgesprochen werden. Das wäre aber zwingende Voraussetzung für eine rechtsstaatliche Judikative.

Ergänzend kommt hinzu, dass die um Macht und Status konkurrierenden Gruppen der multikulturellen Gesellschaft ihre eigenen Rechtsvorstellungen installieren und territorial umsetzen wollen.

Die derzeitige Interpretation des Grundgesetzes schafft sich damit faktisch selber ab, in dem es die Entstehung von Kalifat, Scharia, Clan-Kriminalität und No-Go-Areas ermöglicht. Es wird also durch genau jene archaischen, rassistischen und

ethnisch basierten Wertesysteme ersetzt, die es vorgibt zu bekämpfen.

Das derzeit vorherrschende Konzept des strukturellen Rassismus, dass unabhängig individuellen Verhaltens alle Weißen per se als rassistisch definiert, mag Erklärung für die selbstzerstörenden Mechanismen nicht nur Deutschlands, sondern im gesamten Westen sein. Die Welt muss vor dem (weißen) Menschen geschützt werden, scheint der Tenor derzeitigen Handelns zu sein.

So muss jedenfalls die massive Sanktionierung durch den Verfassungsschutz gegen alle jene interpretiert werden, die die Existenz einer deutschen Identität benennen und deren Rechte auch geschützt sehen wollen.



Bild von © ugoslav Yusuf Ziya Safi von Wikimedia Commons

# Türkischer Influencer ruft zur Wahl der AfD auf

Quelle: Freilich-Magazin 1.6.2024



Der junge Türke hat mit seinem Aufruf zahlreiche positive Reaktionen ausgelöst.  
© Screenshot TikTok

Wenige Tage vor der Europawahl hat ein türkischer Influencer auf TikTok zur Wahl der AfD

aufgerufen. In den Kommentaren erntete er dafür viel Zuspruch. Yunus Celep, ein bekannter

türkischer TikTok-Influencer, hat in den Sozialen Medien zur Wahl der AfD aufgerufen.

„Hinter Deutschland zu stehen und sich für das deutsche Volk einzusetzen und die Werte Deutschlands zu verteidigen, sollte unsere Aufgabe sein, als diejenigen, die hier in Deutschland leben, ganz unabhängig davon, ob man einen Migrationshintergrund hat oder einheimisch ist, also deutsch praktisch“, erklärt er in dem Video, das er ursprünglich auf TikTok geteilt hat und das später auch auf X verbreitet wurde.

Eines sei ihm nämlich aufgefallen, und zwar, „dass es umso wichtiger ist, die Gerechtigkeit Gottes zu verteidigen und dazu gehört auch, die Natur des deutschen Volkes

zu bewahren.“ „Hier herrscht die deutsche Ordnung“

Was er damit meint, erklärt er gleich im Anschluss:

„Hier herrscht die deutsche Ordnung, die Werte und die Interessen, und es kann nicht sein, dass jegliche Kriminalität oder jeglicher Extremismus den Versuch wagen möchte, das Ganze zu beseitigen, ja, und praktisch den Multikulturalismus mit einer linksgrünen Politik einzuführen.“

Gerade weil wir die Menschen lieben, müssen wir uns für Deutschland einsetzen“. Es sei ein „harter Kampf“, aber man müsse ihn führen, um ans Ziel zu kommen. „Nicht, weil wir die Menschen hassen, Rassisten sind oder Rechtsextreme, nein weil wir

die Menschen lieben“, so Celep abschließend. Das Video löste zahlreiche Reaktionen in den Sozialen Medien aus, allein auf TikTok erreichte es mehr als 190.000 Menschen, über 2.500 Nutzer kommentierten das Video auf der Plattform überwiegend positiv. Viele dankten dem türkischen Influencer für seine Worte.

„Ich danke dir für deine vernünftige Meinung, bleib stark“, ist dort etwa zu lesen.

„Stimme dir als Kroatianer voll zu“, schreibt ein anderer. „Und das von jemandem, der offensichtlich nicht deutscher Abstammung ist. Sollte das nicht zum Nachdenken animieren?“

Danke schön für deine Worte“, schreibt wiederum ein anderer.

# Fundament erschüttert? Extremismus in unserer Gesellschaft

VON NATHALIE WAGNER

29. Altenberger Forum Kirche und Politik lud zum Podiumsgespräch ein.

Am 19.11.2024 fand als Auftakt des Podiumsgesprächs zum Thema: „Fundament erschüttert? Extremismus in unserer Gesellschaft“ um 19 Uhr zunächst ein Gottesdienst im Altenberger Dom statt, um dann in einem Gespräch zum Thema im Martin-Luther-Haus ab 20 Uhr ggf. zu neuen Erkenntnissen oder gar Lösungen zu kommen.

Dazu eingeladen hatte das „Altenberger Forum Kirche und Politik“ NRW-Innenminister Herbert Reul, Prälat Dr. Karl Jüsten (Bindeglied zwischen Kirche und Politik, Kommissariat Deutscher Bischöfe Berlin), Prof. Dr. Marc Ziegele (Kommunikationswissenschaftler an der Universität Düsseldorf) und Prof. Dr. Sabine Krauss (Professorin für Psychologie an der SRH-Hochschule NRW). Moderiert wurde von Wolfgang Meyer (Journalist, WDR 5) mit vorab

ausgewählten Fragen aus dem Publikum. Etwa 130 Teilnehmer nahmen am offensichtlich politisch aufgeladenen Gottesdienst teil, in dem dazu aufgerufen wurde, Extremismus und Diskriminierung nicht zu dulden. Indirekt gemeint war damit u.a. die AfD.

Es war daher nicht verwunderlich, dass die AfD mit ca. 20 Teilnehmern einen Stand aufgebaut hatten und christliche Lieder sangen, die die Spaltung der Gesellschaft bzw. die Einigung dieser durch den Glauben an Gott thematisierten. Auf den Plakaten wurde außerdem daran erinnert, dass es auch Christen in der AfD gäbe und dass Lügen (siehe Medien-Hype um die „Potsdam-Konferenz“) nicht zum christlichen Weltbild gehören.

Einige AfD-Mitglieder verteilten einen Offenen Brief, der durchaus gern angenommen wurde. In dem Brief weist die AfD darauf hin, dass mit solchen und auch anderen direkten oder indirekten

nicht der Wahrheit entsprechenden Zuordnungen der AfD zum Extremismus lediglich erreicht werde, dass damit die anderen Formen von Extremismus wie der Linksextremismus der Antifa und die Auswüchse der extremistischen Islamauslegung nach jahrelanger ungesteuerter Massenmigration mit Vergewaltigungen und Messermorden gewollt oder ungewollt gefördert würden. Besonders pikant, als Kritik an der AfD-Demonstration skandizierte eine Passantin „Nie wieder Deutschland!“ und brachte die Veranstaltung des Forums selbst in die Nähe des Linksextremismus.

Der Landrat Santelmann hätte darüber hinaus mit seinem Aufruf zur Teilnahme an dieser Veranstaltung seine Neutralitätspflicht verletzt, weil diese politische Diskussion sehr einseitig konzipiert und durchgeführt wurde.

Dr. Hermann Conen, Hans-Joachim Lietzmann, Manfred Schawalch und Sebastian Weirauch unterschrieben diesen

Brief. Worin liegen der Nutzen und die Grenzen solcher Veranstaltungen? Einerseits ist es sehr lobenswert, dass sich der Innenminister eines Bundeslandes, in diesem Fall von NRW, den Fragen der Öffentlichkeit stellt. Man zeigt damit also von der Politseite her, dass es durchaus Probleme mit Extremismus in der Gesellschaft gibt.

Andererseits ist damit wenig erreicht, wenn man dabei die Schuld an Rechts-extremismus in Gesellschaft und Kirche nur einer einzigen Partei, der AfD, zuweist, denn es entspricht nicht der Realität, denn:

1. Die Massenmigration und die daraus folgenden Extremismusprobleme (Vergewaltigungen, Messermorde, Rufe nach dem Kalifat) wurden von der CDU/CSU durch Kanzlerin Merkel ab 2015 ermöglicht.

2. Es werden AfD-Politiker und AfD-Anhänger seit Jahren von der linksextremen Antifa täglich angegriffen und krankenhauserreif

geschlagen, Morddrohungen inklusive. 3. Neuerdings rufen die Kirchen und ihre Organisationen antidemokratisch dazu auf, nicht die AfD zu wählen und AfD-Mitarbeiter gar zu entlassen. Dabei negieren sie, dass etwa ein Fünftel der Wahlberechtigten bundesweit die AfD wählen.

Das sind brave arbeitende Mitglieder der Gesellschaft, die ihr verfassungsmäßiges Wahlrecht demokratisch ausleben.

Weil die Bürger das können, wird es eng an den Wahlurnen. Und im Vorfeld der vorgezogenen Wahlen werden nun verstärkt die Kirchen instrumentalisiert, damit diese wiederum die Kirchgänger instrumentalisieren, damit das gewünschte Wahlziel dabei herauskommt.

Das ist keine Demokratie, das ist eine Form von politischem Extremismus.

Dieser Artikel erschien im Übrigen auch bei im November 2024 bei PINEWS.

## Die Waldai-Konferenz 2024

VON BORIS VOLKOV

Seit 2004, also 20 Jahre, treffen sich in diesem Format Journalisten, Politiker und Experten aus aller Welt in Russland, dieses Jahr im November 2024 in Sotschi

Die westlichen Medien berichten, wenn überhaupt, lediglich marginal über diese jährlich, immer an verschiedenen Orten, stattfindende Konferenz in Osteuropa, obwohl sie schon 20 Jahre lang organisiert wird.

Unter valdaiclub.com kann sich der interessierte Leser ein vollständigeres Bild des mit außerordentlicher Ernsthaftigkeit betriebenen Clubs zum Austausch von Informationen und Strategien aus Sicht Russlands und des Ostens in bestem Englisch machen.

Dort findet man die aktuellen Statements. In diesem Jahr – das Schwerpunkt-Thema war die friedliche Lösung des Krieges Russlands gegen die Ukraine – standen auch der russische Außenminister Lawrow und am Schluss der Veranstaltung sogar der russische Präsident Putin

zum Ideenaustausch zur Verfügung. Selbstverständlich wurden keine geheimen Strategien zum Thema veröffentlicht. Jedoch wurde seitens der hochrangigen russischen Vertreter aus Politik und Wirtschaft immer wieder betont, dass Russland zum Friedensschluss bereit sei und natürlich auch unter welchen Bedingungen.

Totschweigen dieses Clubs, wie es der Westen im Moment tut, ist wohl die falsche Strategie. Genaues Hinhören wäre die richtige Vorgehensweise. Aber dazu müsste der Westen Russland als Partner auf Augenhöhe betrachten und das will er unter allen Umständen vermeiden. Das allerdings könnte sich bitter rächen.

Interessant ist daher in diesem Zusammenhang Russlands Sicht auf die Wirtschaft und die Sicherheit für seine maritime Geopolitik im Pazifik (bereits im September 2024 vom Historiker und Leiter des Zentrums für die Indo-pazifische Region der Akademie der Wissenschaften,

Moskau, Alexej Kuprijanov, veröffentlicht). Die Hauptinteressenten an dieser Region sind bisher die USA, die eine technisch hoch ausgestattete Flotte, entwickelte Häfen und Schiffbau-Kapazitäten auf der Höhe der Zeit besitzen.

Washington möchte diesen Stand bewahren (man beachte auch die vier oder fünf US-Stützpunkte rund um die Küste Chinas), liegt aber damit in Konfrontation zu den Interessen Chinas, das über die sich derzeit am schnellsten entwickelnde Marine verfügt.

Russland ist konfrontiert mit dem wachsenden Druck vom Westen und der Unterbrechung seiner Logistikketten, gepaart mit der Tatsache, dass das Zentrum der globalen Wirtschaft nach Osten driftet. Russland musste handeln und ist daher daran interessiert, seine Kooperationen mit den asiatischen Ländern in verschiedenen Sektoren, die für beide Seiten nützlich sein können, zu vertiefen.

Dazu gehören insbesondere:

1. Die Sicherstellung ununter-

brochener Schifffahrtslinien zwischen Russland und den regionalen Häfen im Pazifik;

2. Die Wiedererstarkung Russlands Militärpräsenz und seines Wirtschaftspotentials im Pazifik;

3. Die Hochstufung wirtschaftlicher und politischer Kooperationen mit asiatischen Ländern und die Unterstützung zur Stärkung des asiatischen Potentials, einschließlich deren militärischer Kapazitäten. Um diese Ziele zu erreichen, ist Moskau bereit, Infrastrukturprojekte, Terminalbauten u.v.m. in Kooperation mit den asiatischen Partnern zu realisieren.

Damit will Russland die Sanktionen, die von den USA und dem Westen z.B. auch in den Häfen von Bangladesh oder Indien verhängt wurden, zu umgehen. Eine große Rolle in diesem Zusammenhang spielt Wladiwostok, das zur Drehscheibe von Russlands Handelsrouten im Pazifik noch weiter ausgebaut werden wird.

Wladiwostok ist ein Bindeglied zwischen Russlands Europa- und

Pazifikländerteil.

Darüber hinaus wird Moskau mehr Partnerschaften im Osten ausbauen. Russland braucht die asiatischen Länder, um selbst neutral und stark auf dem Weg weg von der Unterteilung US und China zu sein. Damit ist es frei, um mehr Raum für seine politischen Strategien und Manöver zu haben.

Parallel dazu garantiert es seinen Partnern gegenseitig nützliche regionale Strukturen, die intakt bleiben. Auf diese Art und Weise kann man davon ausgehen, dass Russland insbesondere an Indonesien neu entwickelte Waffen für die Marine, inklusive Drohnen und Beobachtungssysteme, liefern wird.

2024 jährt sich zum 20. Mal der Vertrag über Handel, Freundschaft und Kooperation zwischen Russland und Süd-Ost-Asien. Russland und die asiatischen Länder können dabei durchaus auf die bisherigen Projekte für eine sichere Zukunft und eine bessere Gerechtigkeit zurückblicken, aber auf dieser Basis eben auch in die Zukunft planen.



Sie können die nächsten 4 Ausgaben der Bergischen Freiheit für 20 € automatisch per Post beziehen.

Sie können uns und unsere Arbeit aber auch durch Schaltung von Werbung oder anderweitig unterstützen.

Für weitere Informationen senden Sie Ihre Anfrage bitte an

[redaktion@bergische-freiheit.de](mailto:redaktion@bergische-freiheit.de)

Auch freuen wir uns über Ihren Leserbrief an obige Adresse.

# Was unterscheidet Argentinien und Deutschland?

## Javier Milei spricht etwas aus, was vielen nicht gefallen wird.

BEARBEITET VON MARCUS SCHMIDT

Er sagt: „Wir Politiker sind nicht mehr wert als unsere Wähler. Auf die Finanzwelt übertragen, sind wir ein Derivat. Und ein Derivat kann nie mehr wert sein, als der zugrunde liegende Vermögenswert. Das Derivat kann nur existieren, weil es den Basiswert gibt.“

Wir, als Vertreter des Volkes existieren nur, weil es das Volk gibt und es wäre völlig verrückt, sich einzubilden, man wäre als Vertreter des Volkes mehr wert als das Volk selbst. Es ist ein absoluter Wahnsinn, in dem die politische Klasse jetzt lebt.

Jedenfalls werden in unserer neuen Regierung die Politiker genau dasselbe Leben führen müssen, wie die gewöhnlichen Bürger.

Sie werden die Ergebnisse ihrer Arbeit sofort bei sich selbst spüren und ihre eigenen Unzulänglichkeiten hinnehmen müssen, wenn sie Fehler machen. Dann werden nicht nur die

anständigen Argentinier sehr leiden, sondern auch die Politiker werden sehr leiden.

Sie werden genau so leben müssen, wie alle Argentinier leben.

Es ist Schluss mit Privilegien, die Party ist zu Ende.

Aber das alles umsetzen kann wirklich nur ein Außenstehender.

Jemand der wirklich von außen kommt und nicht irgend ein politischer Außenseiter, denn in der Geschichte gab es viele Außenseiter, die es sich nach ihrer Wahl lediglich in den bereits vorhandenen Strukturen eingerichtet und es sich bequem gemacht haben.

Wir sind Außenstehende, weil wir tatsächlich von außen kommen, ohne bereits vorhanden Strukturen zu kennen. Aus diesem Grund werden wir neue Strukturen bilden. Warum machen wir das?

Um denen, die sich in den alten Strukturen bequem

gemacht haben, in den Hintern zu treten, um sie rauszuwerfen. Ihre Party ist jetzt vorbei. Schluss mit Privilegien für Politiker. Schluss damit. Aus. Ende. Ein neues Argentinien wird nicht möglich sein, mit demselben alten Personal.

Schluss damit, und das ist auch der Grund, warum sie mich loswerden und vernichten wollen. Das ist der Grund, dass sie zweihundert Versager schicken, um mich verbal anzugehen, deshalb bieten sie Pseudo-Intellektuelle auf oder unredliche Journalisten, um zu manipulieren und mich persönlich über die Medien anzugreifen.

Deswegen werde ich auch von regierungsnahen Geschäftsleuten attackiert.

Warum verstärken sich die Angriffe?

Weil sie lange Zeit glaubten, dass das alles in dieser Form so nicht passieren würde und dann fanden sie plötzlich mehr als ein Drittel der Bevölkerung gegen sich, das nach Freiheit schrie.

Das Volk schrie nach Freiheit, weil sie die Freiheit entdeckt hatten und die Nase voll hatten, weiterhin Lämmer für irgendwen zu sein. Ihnen wurde klar, dass es ihnen als Löwen besser gehen würde. Und wie ich in meiner ersten Rede sagte, bin ich nicht hierher gekommen, um Lämmer zu führen, ich bin hierher gekommen, um die Löwen aufzuwecken und jetzt sie wachen jetzt auf. Sie wachen auf und sie werden die korrupten Politiker auffressen.

Und sie werden die durch die Regierung unterstützten Geschäftemacher ebenso fressen wie die Gewerkschafter, die sie in Wirklichkeit nur verraten haben.

Und sie werden die Medien- und Meinungsmacher auffressen, die diese Diebe und Gauner unterstützten, damit deren Partys in dieser Form überhaupt stattfinden konnten.

Das gilt auch für Lobbyorganisationen, Kirchenfürsten,

Steuerbetrüger und andere Profiteure dieses Systems. Ja, sie alle versuchen diese Staatsreligion, dieses System zu erhalten, weil sie damit gut arbeiten und vor allem profitieren können.

Jetzt aber wacht Argentinien auf, es wird hell, weil die Menschen entdeckt haben, dass ihre Sklaverei nicht ihnen selbst zugute kommt und dass es ein besseres Leben gibt, das Leben in Freiheit. Jetzt sehen sie, was wirklich ist. Alles bekommt jetzt eine Dynamik wie bei einer Exponentialfunktion.

Es gab irgendwann den Wendepunkt und jetzt kann es niemand mehr aufhalten.

Ein Stop ist nicht mehr möglich, die Welle rollt“

Anmerkung: Rede frei übersetzt aus dem spanischen.

**Was ist mit Deutschland?**

# Das Museum August-Macke-Haus in Bonn

VON NATHALIE WAGNER

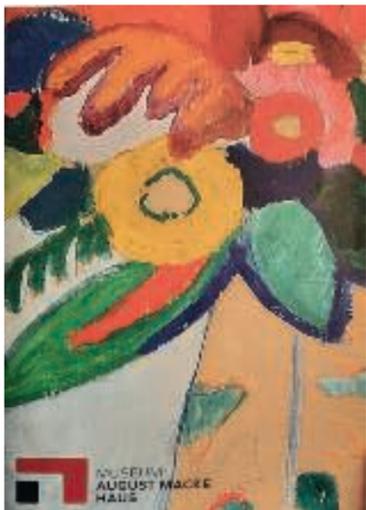


Foto von © I-f-GE

**Die aktuelle Sonder-Ausstellung „Der Rhein. Bilder vom Strom und**

**Fluss des Lebens.“ wird noch bis zum 23.03.2025 dort gezeigt.**

Der Ort bzw. das Haus, in dem die eigentliche August-Macke-Ausstellung auf drei Etagen zu sehen ist, ist das ehemalige Wohnhaus des expressionistischen Künstlers (03.01.1887 in Meschede, Sauerland – 26.09.1914 in Perthes-les-Hurlus), der dort von 1911 bis 1914 gewohnt und in seinem Atelier im obersten Stock gemalt hat und schöpferisch tätig war. Die sensibel zusammengestellte Ausstellung zeigt Exponate, Möbelstücke und Wohnaccessoires Mackes und seiner Familie, sodass die Besucher sich ein recht vollständiges Bild von der Persönlichkeit des Künstlers einerseits und der Beziehung zu

seiner Frau Elisabeth machen können, auch als Nicht-Kunstexperten. Das Paar hatte zwei Kinder, als August Macke in den Krieg ziehen musste und gleich darauf fiel. Seine Frau Elisabeth hatte später Mackes Jugendfreund geheiratet und mit ihm noch einmal drei Kinder bekommen.

Die Ausstellung zeigt ebenfalls die Reisetätigkeit Mackes bis zu seinem Tod, die ihn bis nach Tunesien führte, wo er die herrlichen Farben in seinen Bildern einfing und wo er nach eigenem Bekunden einen enormen Schaffensschub erlebte.

Diese Ausstellung zu sehen, ist in jedem Fall eine Bereicherung,

schweben die Farben und Formen des Expressionismus und Mackes insbesondere direkt in die Seele der Betrachter. Sollten Sie die Ausstellung bei tristem, grauem und nasskaltem Wetter besuchen, dann erst recht!

Die Sonder-Ausstellung zum Thema „Der Rhein“, die in dem modernen Erweiterungsbau untergebracht ist, ist nicht minder lohnenswert, sind dort u.a. rheinischen Expressionisten ebenfalls Macke-Werke zu sehen, denn Macke war einer der Begründer der Gruppe der rheinischen Expressionisten. Der Rhein wird dort als Lebensader der Industrie, aber auch der romantischen Beziehung zwischen Mensch und

Fluss in Ölgemälden, Radierungen und frühen Fotografien dargestellt. Diese liebevoll zusammengestellte Sammlung ist noch bis zum 23.03.2025 zu sehen. Selbstverständlich gibt es auch ein Museums-Café, auch im Innenhof, was insbesondere bei schönem Wetter zum Verweilen einlädt.

Die Adresse lautet: Museum August Macke Haus, Hochstadenring 36, 53119 Bonn.

Der Eintritt beträgt Euro 12,-, die Öffnungszeiten sind Fr 12-17 h, Sa, So, Feiertage 11-17 h, Do 12-18 h, eine Führung ist möglich und kann unter Tel. 0228 65 55 31 oder buero@august-macke-haus.de bestellt werden.

# AfD und Hitler? Passt nicht!

VON KATHARINA GROSS

Es gibt zwei große Lager, zwischen denen im Moment ein großer Streit herrscht. Das ist erstens die Marktwirtschaft, die von 1949-1990 (in Teilen noch bis 2002) den Takt angeben hat. Und auf der anderen Seite steht der Sozialismus. Der Sozialismus zeigt sein Gesicht heutzutage in Form des Grünen Öko-Sozialismus.

Es gibt drei große Richtungen des Sozialismus, die da wären der Rote Sozialismus, der Braune Sozialismus und der Grüne Sozialismus. Der Rote Sozialismus wird Kommunismus genannt. Der Braune Sozialismus wird Nationalsozialismus genannt und der Grüne Sozialismus ist der Öko-Sozialismus. Sozialisten haben ein sehr schlechtes Produkt, dafür aber ein umso besseres Marketing. Das will heißen,

Sozialisten haben ein Herz für die Umverteilung von Gütern, für die sie nicht selbst gearbeitet haben und nennen das immer sozial. Es ist aber nicht sozial, weil sie es nicht aus ihrem eigenen Vermögen tun, sondern immer die Ressourcen anderer Menschen nutzen, um ihre Umverteilungorgie zu realisieren. D.h. dafür brauchen sie zuerst einmal jemanden, den sie für arm erklären, diesem Armen muss dann geholfen werden, mit den Mitteln anderer Menschen, die dafür gearbeitet haben. Während man behauptet, man wäre sozial mit den Armen, ist man unsozial mit denen, die gearbeitet haben. Man erleichtert sie der Früchte ihrer Arbeit, indem man Ihnen etwas von sozial erzählt. Wie dem auch sei, die AfD steht für Marktwirtschaft und von der CDU angefangen bis nach ganz links außen, wird das

Konzept der Umverteilung und des Sozialismus bevorzugt. Im Konzept des Grünen Öko-Sozialismus ist der Arme definiert; als der arme Flüchtling und die arme Umwelt z.B. die Klimaerwärmung. Wegen dieser Armen wird alles geopfert, was in den Jahrzehnten zuvor erarbeitet und aufgebaut wurde.

Die Guthaben werden aufgezehrt und verbraucht und die Marktwirtschaft geopfert. Weil Adolf Hitler im National-SOZIALISMUS für die armen Arbeiter und die arme Nation den Frieden opferte, reden wir hier von einem Sozialisten, der die Nation ins Unglück stürzte. Bei der AfD reden wir allerdings von Vertretern der Marktwirtschaft, die keinen Krieg wollen und den nächsten Hitler demnach nicht stellen können, weil sie keine Sozialisten sind.

# Ein Gespräch: Der Sozialist und ein AfD'ler

Treffen sich zwei Menschen. Der eine ist Sozialist und der andere ist AfD'ler.

**Sozialist:**  
Du bist gesichert rechtsextrem, mit dir rede ich nicht.

**AfD'ler:**  
Meinst du damit, dass von uns wieder so schlimme Zeiten zu erwarten sind, wie unter Hitler im National-Sozialismus?

**Sozialist:**  
Ja genau, richtig. So etwas darf nicht wieder passieren, niiiiie wieder.

**AfD'ler:**  
Da kann ich dich beruhigen, bei uns bist du bei den Marktwirt-

schaftlern; von unserer Seite kann kein Hitler kommen. Den musst du bei den Sozialisten suchen. Hitler war Sozialist. Nur Sozialisten sind übergriffig und kriegsbegeistert.



Bild von © Michéle von Pixabay

# 08 | Wirtschaft

## Bayrischer Landtag: Thema „Sicherung des Chemiestandortes Bayern“ Rede des Sachverständigen Dr. Dipl. Ing. Helmut Waniczek am 05.12.2024



Foto von Dr. Dipl. Ing. Helmut Waniczek

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, vielen Dank, dass ich meine Erfahrungen und meine Sorgen hier ausbreiten darf.

Ich habe fast 40 Jahre in der Chemischen Industrie in Forschung, Produktion und Marketing gearbeitet und dadurch Kenntnisse über die globale Chemische Industrie erlangt.

Ich habe die 80-er- und 90-er-Jahre mitgemacht, in denen die deutsche chemische Industrie mit vielen Gesetzen zum

Umweltschutz überzogen wurde. Störfallverordnung, Wasserhaushaltsgesetz, Immissionsschutzgesetz, Chemikaliengesetz, Kreislaufwirtschaftsgesetz und viele weitere Gesetze wurden erlassen.

Das war nicht alles falsch, wir haben alle diese Vorschriften akribisch umgesetzt, und das hat dazu geführt, dass die deutsche Chemische Industrie zu Internationalen Perlen an Profitabilität und Innovationskraft wurde.

Doch heute hat dieser Industriezweig (und auch andere) gravierende Probleme, und man muss sich fragen, wo die Gründe sind.

Es war die Politik der letzten 20 Jahre, die zu den Problemen geführt hat, wegen denen wir heute hier sitzen. Die Probleme sind hausgemacht im wahrsten Sinne des Wortes, denn sie wurden hier, in diesem Haus gemacht, in Zusammenarbeit mit anderen Institutionen.

2017 wurde das Pariser Abkommen unterzeichnet, um den CO<sub>2</sub>-Ausstoß der Menschheit zu reduzieren. Was man in Wahrheit beschlossen hat, ist

eine Strangulierung der westlichen Industrie, während andere Regionen munter weiter ihren Ausstoß verdoppeln.

Schon das war ein Betrug an der Bevölkerung, der man erzählt hat, dass ein weiterer Anstieg der CO<sub>2</sub>-Emissionen den Weltuntergang verursacht, aber die Verdoppelung vertraglich vereinbart wurde.

Nun sind wir 8 Jahre weiter, und die größte Marktwirtschaft der Welt ist aus dem Abkommen ausgestiegen.

Übrig bleibt eine EU, in der es auch schon Absatzbewegungen gibt, so ist Schweden dabei, aus den EU-Vorgaben auszusteigen. Übrig bleibt also ein Rest der Uneinsichtigen, die glauben, daß eine exportorientierte Industrie wie die bayrische chemische Industrie einseitige Belastungen in Milliardenhöhe verkraften und international wettbewerbsfähig bleiben kann. Das ist natürlich eine Illusion.

Sehr geehrte Damen und Herren, Sie wollen „decarbonisieren“. Jeder Mensch, Sie ich und auch alle anderen bestehen zu 28% aus Kohlenstoff. Und jedes einzelne

Kohlenstoffatom in Ihrem Körper, wirklich jedes einzelne, war CO<sub>2</sub>! Es gibt keinen anderen Weg wie der Kohlenstoff in Ihren Körper kommt als über CO<sub>2</sub>.

Die organische Welt lebt von Wasser, Licht und CO<sub>2</sub>. Fehlt nur eines von diesen drei, dann ist das Leben zu Ende. Wollen Sie noch immer „decarbonisieren“?

Wie gesagt, die Probleme sind hausgemacht.

Die Forschungsgelder für die Universitäten, Max Planck, Fraunhofer Institut und PIK werden vor allem für Klima und Energiewende ausgegeben: Wasserstoffpaste, Elektrodenmaterial und Grünen Stahl, Energiewendestudien und Träger für Wasserstoff.

Und das, obwohl eine Fraunhofer-Studie die Wasserstoffkapazität in Deutschland 2030 mit null prognostiziert!

Die Bayr. Staatsregierung hat 15,5 Mio € sauer verdientes Steuer-gelder für eine Wasserstofffabrik in Wunsiedeln ausgegeben. Also Fabrik ist vielleicht zu viel gesagt, es ist eher eine Technikums-anlage für 9 MW, also 2 Windräder, sofern Wind geht.

Schon während des Baus wurde die geplante zweite Anlage auf Eis gelegt.

Bisher hat die Anlage nach 2 ½ Jahren praktisch noch nichts produziert. Der Betreiber wird bald pleitegehen, wenn der Staat nicht nachschießt.

Hätte man diese 15,5 Mio € in die Infrastruktur des bayrischen Chemiedreiecks gesteckt, dann würde das dem Standort schon helfen.

Nun sind wir heute nicht hier, um nur Kassandrarufer zu hören, sondern wir wollen die Frage beantworten was zu tun sei.

Nun, hören Sie auf mit Decarbonisierung, mit Klimaretting, CO<sub>2</sub>-Einsparung und Energiewende, machen Sie wieder eine vernunftbasierte Industriepolitik, ermöglichen Sie der Chemischen Industrie den preiswerten Einkauf von Rohstoffen und Energie, und beenden Sie die Fehlallokation von Steuermitteln in ideologische Projekte. Dann haben die Manager der bayrischen chemischen Industrie Rahmenbedingungen, die eine Chance bieten, aus dem Tal herauszuführen.

### Rezension Ludwig Erhard: Erfahrungen für die Zukunft

VON NATHALIE WAGNER

**Ludwig Erhard. Erfahrungen für die Zukunft. Meine Kanzlerzeit.**

Econ-Verlag 2024. ISBN 978-3-430-211161. Euro 22,99, 326 Seiten

Im Auftrag der Ludwig-Erhard-Stiftung hat Ulrich Schlie, versehen mit einem Vorwort von Roland Koch, die Aufzeichnungen von Dr. Ludwig Erhard, Kanzler nach Dr. Konrad Adenauer von 1963 bis 1966 herausgegeben.

Die Memoiren sind ein „schonungsloser Bericht“ über diese Zeitspanne, der an Aktualität nicht verloren hat, zeigt er doch die Ränkespiele in der Politik, die dem an Politik Interessierten mitunter erst dann offenbar werden, wenn das Zepter der Macht weitergereicht wird.

In Erhards Fall waren es schon damals der Wankelmut der FDP (27.10.1966 traten vier FDP-Minister zurück, obwohl sie vorher dem Haushalt zugestimmt hatten, welche Parallelen zu heute!) und u.a. Dr. Rainer Barzel. Der Rechenschaftsbericht zeigt auch, woran Erhard geglaubt hat und wie sehr er, auch wirtschaftspolitisch gemeinsam mit Adenauer, alles getan hat, um die Deutschen von einer Westbindung zu überzeugen, wobei er wirtschaftspolitisch stets die enormen Bedarfe des Ost-Blocks im Blick behielt.

Er wollte dabei aber um jeden Preis vermeiden, dass die

kommunistischsozialistische Ideologie in Deutschland eine Chance erhalten könnte. Mut zur Freiheit war seine Devise. Und wenn man einige Kernaussagen seines Berichtes betrachtet, stellt man fest, dass die aktuelle Bundesregierung alles andere als das ist, was Erhard in nur drei Jahren für Deutschland und die Deutschen war bzw. geleistet hat (Seite 136 ff.), nämlich

„Eine Politik, die nicht insgeheim auf neue Feudalstrukturen zielt, die... alle Möglichkeiten moderner Wirtschafts-entwicklung zur Befreiung der Menschen nutzt, sich neuen brutalen oder subtilen Formen der Versklavung widersetzt und die den Menschen als unverwechselbares Einzelwesen... nicht entmündigen will...“

Erhard hat seine Aufzeichnungen auch dazu genutzt, um zu unterstreichen, dass er sein Wissen und seine Arbeit stets zum Wohle des Staates und des deutschen Volkes eingesetzt hat. Einige Zitate mit teils erschreckendem Aktualitätsbezug sollen davon zeugen:

„Seit einigen Jahren geistert das gefährliche Wort von der ‚Unregierbarkeit‘ durch die Lande. Teils als hochgerechnete Diagnose der jüngsten Entwicklungen. Teils als verantwortungslose Drohung für den Fall der demokratischen Ablehnung des sozialistischen

Machtanspruchs.“ (Seite 11). Anmerkung: Der sozialistische Machanspruch wird heute unverhohlen von CDU/CSU, SPD, Grünen, Linken, BSW? vertreten.

„Dem Bundeskanzleramt gehörten zum Schluß meiner Kanzlerzeit 191 Beamte und Angestellte an. In den wenigen Jahren unter den SPD-Kanzlern Brandt und Schmidt ist diese Zahl auf über das Doppelte angeschwollen.“ (Seite 43).

Anmerkung: Die Gefolgsleute der SPD und Grünen (s. Herr Graichen etc.) werden mit Posten belohnt. Es ist heute noch so.

„Daß ausgerechnet aber die Kanzler einer Partei, die sich selbst gern als Arbeitnehmerpartei sieht, jetzt einen Amtsbau von geradezu byzantinischen Ausmaßen für Hunderte von Millionen Mark Steuergelder aufführen lassen, führt nicht nur die damalige Kritik am Kanzler-Bungalow ad absurdum.“ (Seite 43).

Anmerkung: Heute wird unter der Führung der Regierungsparteien inkl. CDU/CSU ein 800-Millionen-Bau geplant.

Ulrich Schlies anschließende Einordnung endet mit den Worten: „Wenn Konrad Adenauer zu Recht als ‚der Größte seiner Zeit‘ bezeichnet wurde, so trifft dieses Urteil genauso auch auf Ludwig Erhard zu.“ Dem ist nichts hinzuzufügen außer dem Prädikat „äußerst lesenswert“.

### Rezension Ralf Schuler - Populisten

VON NATHALIE WAGNER

**Ralf Schuler. Der Siegeszug der Populisten. Warum die etablierten Parteien die Bürger verloren haben.**

Fontis-Verlag 2024. ISBN 978-3-03848-284-0. Knapp 300 Seiten. Euro 25,-.

Der Journalist Ralf Schuler, man kennt ihn vielleicht als Merkel-Begleiter oder heute bei NIUS, hat sich in seinem neuesten Buch der Frage angenommen, warum die Populisten nicht nur hier in Deutschland, sondern auch in den Ländern der EU und in den USA auf dem Vormarsch oder gar auf dem Siegeszug sind.

Dabei analysiert er bemüht ausgewogen die einzelnen Entwicklungen.

Allem voran stellt er ein Demokratieversagen bei den staatlichen Institutionen und bei den Politikern, die an den Wünschen und Bedürfnissen der Bürger vorbeiregieren, sodass Hubert Aiwanger (10.06.2023) schon die Bürger aufforderte, sich die Demokratie zurückzuholen.

Der Autor legt zudem dar, dass sich selbsternannte Politeliten, die durch ständige Diätenerhöhungen und andere Wohltaten auf nationaler und EU-Ebene für ihr auskömmliches Leben den Staat zur Beute gemacht hätten.

Ein weiterer Grund für das Erstarken der Populisten sei das

große Medienversagen. Die Medien wollen den öffentlichen Diskurs in ihnen genehmen Bahnen lenken oder er findet gar nicht statt. Der Bürger merkt das und orientiert sich um, sucht nach Informationen, denen er trauen kann.

Auch der Umgang mit der Meinungsfreiheit z.B. zum Thema Migration und ihre Auswirkungen ist für den Aufstieg der Populisten verantwortlich. Denn „Meinungsfreiheit ist Grundlage der Freiheit überhaupt“. Schuler beschreibt eindrucksvoll zu diesem Punkt, wie Meinungsfreiheit eben nicht (mehr) gelebt wird.

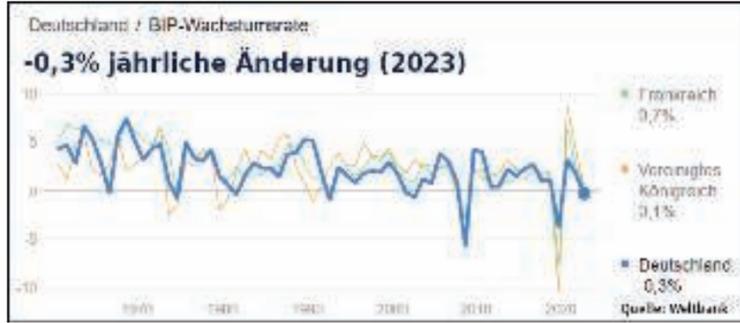
Auch das Aufstellen der politischen Brandmauer trägt nicht dazu bei, diese Schieflage wieder zu beheben. Die Hoffnung der etablierten Parteien, dass die Populisten dadurch wieder verschwinden, wird dadurch nicht erfüllt werden. Ist das Vertrauen der Bürger einmal weg, ist es nicht so leicht, dieses wiederzugewinnen.

Es ist ein durchaus lesenswertes Buch zum aktuellen Thema, auch weil es die Frage aufgreift, wie es in Deutschland zum Siegeszug der Populisten kommen konnte. Erhellend ist bei seinen Analysen der Vergleich des DDR-Bürgers Schuler mit der Entwicklung nun im westlichen Teil Deutschlands.

Die vielen Parallelen zu DDR-Diktatur, Planwirtschaft, Sozialismus bleibt Schuler nicht schuldig.

# Kein Ende der Wirtschaftskrise in Deutschland

VON GEORG KLEIN



Seit 50 Jahren fällt das deutsche Wirtschaftswachstum im Mittel um 0,3% pro Jahr. Das wäre alles nicht dramatisch, wenn die Wachstumsraten nicht mittlerweile negativ wären.

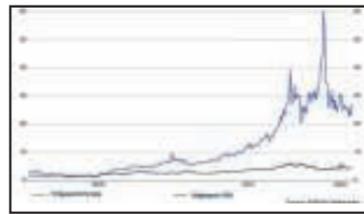
Im Jahr 2020 waren es -3,8%, nach einer kurzen Erholung nach den verheerenden Corona-Maßnahmen der Regierung kam ein weiterer Abfall in den negativen Bereich. Nichts deutet darauf hin, dass eine wirtschaftliche Erholung kommen würde, ganz im Gegenteil, alle Parameter deuten auf einen weiteren Einbruch hin.

Es gibt auch keinen sachlichen Grund, warum sich die Wirtschaft erholen sollte. Die Energiepreise zählen nach wie vor zu den höchsten in Europa. Während die

privaten Verbraucher noch geschont wurden und der Strompreis während der letzten 10 Jahre „nur“ um 18% angestiegen ist (Grafik 1), zahlt die Industrie fast 40% mehr und hat einen Anstieg um 280% zu verkraften (Grafik 2).

Vor 10 Jahren lag der Industriestrompreis noch weit unter dem der privaten Verbraucher.

Noch schlimmer ist die Situation bei Erdgas, dem wichtigsten Energieträger der chemischen Industrie:



Von einem Gaspreis von 2,3 ct/kWh schoss der Preis auf das mehr als 10-fache hoch und verbleibt dort seit einem Jahr, während sich unsere wichtigsten Konkurrenten wie die USA über einen moderaten Anstieg freuen können.

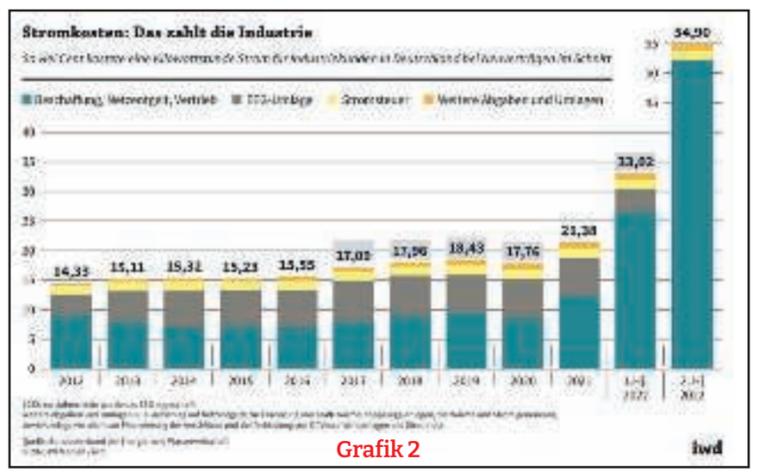
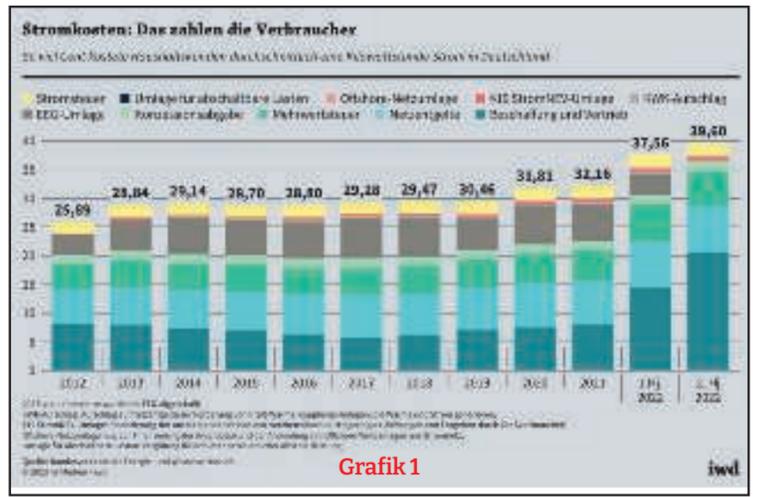
Dies alles ist der Wirtschaftspolitik der CDU und den Grünen zu verdanken.

Die CDU hat unter Druck von Bundeskanzlerin Angela Merkel den Ausstieg aus der Atomkraft beschlossen, und die Grünen haben den nachfolgenden Ausstieg aus den fossilen Energien zu verantworten.

Bei beiden Beschlüssen gab es keinen sachlichen Grund.

Ein Tsunami hatte drei Kernkraftwerke in Japan havariert, der Kohleausstieg basiert auf dem Märchen, dass CO2 das Klima wesentlich beeinflussen würde.

Es ist für die deutsche Bevölkerung nur zu hoffen, dass diese beiden Parteien die Energie- und Wirtschaftspolitik künftig nicht mehr beeinflussen.



## Das Volla Phone 23X OS Das Mobile Telefon für Sicherheitsbewusste

VON FELIX HERMANN



Foto von © I-f-GE

Der Streit der EU mit X um die Daten und Nachrichten auf ihrer Social-Media-Plattform lassen erahnen, wie hart um den Zugang zu privaten Informationen gerungen wird.

Während Forderungen von staatlichen Stellen noch eine Nachricht wert sind, sammeln die großen Internetanbieter weitgehend ohne Kritik private Daten zur kommerziellen Weiterverwendung, allen voran Google.

Da kommt das neue Smartphone von Volla, das 23X, zur rechten Zeit. Die Remscheidener Firma wirbt mit einer eigenen Hard- und Software, die sich von Google gelöst hat und zumindest die

eigene Entscheidung ermöglicht, ob Daten und Cookies durch die installierten Apps weitergegeben werden.

Dabei stehen zwei Betriebssysteme für eine Android-Plattform zur Verfügung, eine Linux-Ubuntu-Touch und die OS, eine Eigenentwicklung.

Das erfordert doch einiges an Umgewöhnung, weil die Organisation und Navigation der Apps mitunter sehr unterschiedlich zu Samsung sind. Zentrum bildet das „Sprungbrett“, wovon alle wichtigen Funktionen angesteuert werden können. Besonders faszinierend sind dabei die unterschiedlichen Wisch-Funktionen, die zwar zunächst erlernt werden müssen, dann aber einen wirklichen Vorteil in der Handhabung gegenüber dem Samsung bieten. Der im Startknopf integrierte Fingerabdrucksensor ist ebenfalls ein praktisches Merkmal, da Anmeldung und Entsperrung dadurch in einem funktioniert.

Mit 524€ kostet das Smartphone etwa die Hälfte eines aktuellen Samsungs. Das merkt man bei der eingebauten Kamera. Hier müssen eindeutig Abstriche gemacht werden.

Die Bildschärfe kann mit den aktuellen Samsung-Versionen nicht mithalten, ist aber für den Normalbürger akzeptabel. Die vorinstallierten Apps sind funktionsfähig, was bei anderen Anbietern mitunter nicht der Fall

ist. Auch die Routenplanung über „OsmAnd“ funktioniert einwandfrei, hat man sich an die Unterschiede zu Google-Maps erst gewöhnt.

Ergänzende Programme sind über zwei Shops erhältlich. Der Aurora Store spiegelt das Angebot des Google-Play-Stores wider, allerdings kann hier die Datenübermittlung eingestellt werden. Die Linux-Plattform F-Droid bietet unabhängige Angebote, die jedoch vielfach nur etwas für Nutzer sind, die tief in der digitalen Materie stecken.

Zusammenfassend ist das Volla Phone 23X etwas für Menschen, die Hoheit über ihre Daten haben möchten. Die Eingewöhnung braucht Zeit und Verständnis. Dafür bekommt man für die Hälfte des Preises eines aktuellen Samsungs ein eigenständig skalierbares System, das in der Navigation dem Samsung überlegen ist und das Spaß macht, genutzt zu werden.



Foto von © I-f-GE

## Blackout voraus?

VON ELLEN WEISS



Foto © Gerd Altmann von Pixabay

Bis vor einigen Monaten war ich der Meinung, dass ein Zusammenbruch des deutschen Stromnetzes sehr unwahrscheinlich ist. Die Bundesnetzagentur (BNA) versicherte immer wieder, dass ausreichend Abschaltmöglichkeiten existieren, um das zu verhindern.

In der Zwischenzeit haben sich aber einige Parameter stark geändert, sodass das Risiko für einen Blackout stark gestiegen sind.

Große Solarfelder können von der BNA ferngesteuert abgeschaltet werden, wenn die Wolken das plötzlich weichen und die solare Stromproduktion innerhalb kurzer Zeit extrem ansteigt. Kleine Solaranlagen mit bis zu 100 kW sind jedoch nicht abschaltbar und speisen die gesamte Stromproduktion unregelmäßig in das Netz ein. Die Kapazität dieser

Anlagen hat in letzter Zeit aber stark zugenommen, sodass weiterer Zubau und unregelmäßige Einspeisung das Stromnetz gefährden. Dazu wären Gesetzesänderungen notwendig. Das Wirtschaftsministerium unter Habeck hat zwar erkannt, dass ihre Strategie der „erneuerbaren Energien“ immer riskanter wird, und hat entsprechende Gesetze vorbereitet, welche darauf abzielen, künftigen Zubau von <100kW-Anlagen abschaltbar zu machen.

Diese Gesetze werden nun durch das feudale Vorgehen des Herrn Merz, der kurzerhand das deutsche Parlament abgeschaltet hat, nicht behandelt. Die CDU wird noch Monate nach der Wahl benötigen, um neue Gesetze einzubringen. Ob dann der erste Blackout Deutschland schon getroffen haben wird, ist abzuwarten.

# 10 | Lokales · Leserbriefe

## Bergisches Land

### Ausblick 2025: Ausweitung des Wanderangebots



Auf Basis des Erfolges im Jahr 2024 plant „Das Bergische“ auch im kommenden Jahr erneut zweimal die Bergischen Wanderwochen: vom 10. bis zum 18. Mai sowie vom 7. bis zum 28. September 2025. Die „Bergische 50“ feiert ihr zehnjähriges Jubiläum und wird im Frühjahr wieder den Auftakt der Bergischen Wanderwochen bilden. An dem Wochenende 10. und 11. Mai werden an zwei aufeinanderfolgenden Tagen je die Bergische25 und die Bergische50 stattfinden, um noch mehr Interessierten eine Teilnahme zu ermöglichen. Eine Anmeldung ist bereits möglich. Die Herbstwanderwochen werden 2025 um eine Woche verlängert und finden gemeinsam mit der

LVR-Veranstaltungsreihe „Stadt Land Fluss“ statt, was das Programm um viele zusätzliche Angebote bereichern wird. Somit können sich die Menschen in der Region sowie Gäste von außerhalb wieder auf ein spannendes Wanderjahr freuen. Weitere Informationen zum Programm der Frühjahrs- und Herbstwanderwochen folgen. Neben den zweimal stattfindenden Wanderwochen freut sich Gabi Wilhelm über weitere Anlässe, die schon jetzt ein ereignisreiches Wanderjahr 2025 versprechen: „Der Titel ‚Deutschlands schönster Wanderweg‘ bleibt uns auch über 2024 hinaus erhalten und wir werden ihn weiterhin nutzen, um auf die Attraktivität unserer

gesamten Region aufmerksam zu machen – auf Social Media, auf Messen und an Infoständen oder durch andere gezielte Maßnahmen und Angebote wie beispielsweise die digitale Wandernadel.“ Mit der App ‚SummitLynx‘ können Wanderer den Bergischen Weg erwandern und erhalten dafür, je nach Anzahl der gewanderten Etappen, eine digitale Wandernadel in Bronze, Silber oder, wer alle 14 Etappen geschafft hat, in Gold. „Ein weiteres Highlight für uns war, dass das Team des WDR-Reisemagazins ‚Wunderschön‘ in diesem Jahr bei uns im Bergischen unterwegs war und Tamina Kallert vor der Kamera die Besonderheiten unserer tollen Wanderregion erkundet hat. Die 90-minütige Sendung wird voraussichtlich Mitte 2025 ausgestrahlt und sicherlich Menschen aus ganz Deutschland begeistern, zum Wandern zu uns ins Bergische zu reisen. Langweilig wird es also ganz sicher nicht“, freut sich Wilhelm mit Blick auf das kommende Wanderjahr im Bergischen. Pressemitteilung: „**Das Bergische**“ vom 22.11.2024 [dasbergische.de/service/presse](https://dasbergische.de/service/presse)

## Burscheid

### Kurve kriegen

Burscheider Projekt zur Hilfestellung für jugendliche Straftäter

Ende November 2024 fand im Jugendhilfeausschuss des Rheinisch-Bergischen Kreises eine Debatte zum Thema, wie man jugendlichen Straftätern im Alter von 8 bis 17 Jahren helfen könnte, statt.

Externer Sachverständiger war Kriminalhauptkommissar Stefan Lurz, der zwar unterstrich, dass der RBK auch schon 2023 zu den sichersten Kreisen zählte, jedoch musste er einen Anstieg der Straftaten, wie aggressives Verhalten, Einbruch und Diebstahl in Burscheid, Odenthal und Kürten in dieser Altersgruppe konstatieren. Als Gründe nannte er Pandemie, Medien und auch das Anzeigeverhalten von Erwachsenen. Dabei fallen besonders Kinder im Grundschulalter auf. Die Initiative „Kurve kriegen“ schreitet ein, um mit Antiaggressionskursen direkt dem Kind zu helfen. Sie berät aber auch betroffene Familien im Umgang miteinander. Sehr oft

leiden die Kinder unter mangelnder Aufmerksamkeit seitens der Eltern, unter Armut, Ausgrenzung und Gewalt in der Erziehung.

Kooperationspartner für „Kurve kriegen“ ist zum Beispiel die Diakonie Michaelshoven.

Bezahlt werden Antiaggressionstrainings oder Nachhilfe, zu denen die Kinder von zu Hause abgeholt werden. Im Moment nehmen zwölf Kinder und Jugendliche an diesem Projekt teil. Die Kinder kochen und essen auch gemeinsam und verbringen einfach sinnvoll gestaltete Zeit miteinander.

Schaut man auf die Statistik 2023 muss man feststellen, dass 232 Tatverdächtige im Alter von 8 bis 13 Jahren angezeigt wurden, in der Altersgruppe 14 bis 17 Jahren waren es schon 438, also fast das Doppelte. Die Anzeigen für Täter von 18 bis 20 Jahren betragen leider schon 565. Als Sponsor für die Initiative „Kurve kriegen“ konnte der Rotary Club gewonnen werden.

## Leserbriefe

### An Olaf Scholz: Wenn dich niemand mehr will, dann solltest du gehen!

Liebe Redaktion der „Bergischen Freiheit“, seit etwa einem Jahr lese ich Ihre Zeitung. Chapeau, Ihre Auswahl und die Artikel sind sehr gut und vor allem wohltuend. Man könnte den Eindruck gewinnen, dass es noch Interessierte gibt, die Verstand und Herz am rechten Fleck haben. Den Verstand verlieren kann man ganz real bei dem aktuellen Hin und Her der Regierung (Stand: Mitte November 2024), wenn man dieses best bezahlte Gremium denn so nennen will. Kaum einer will diesen Kanzler noch, jedoch er geht einfach nicht! Es ist wieder einmal eine Posse, die ich mit einer solchen karikieren möchte. Die älteren Semester unter uns kennen doch sicherlich noch das Lied von Howard Carpendale „Dann geh' doch“. Künstler sind ja dafür bekannt, dass sie oft treffsicher die Zukunft erahnen und zum Ausdruck bringen können. So offensichtlich auch bei diesem Lied, wo sogar grünere Wiesen besungen werden. Bitte überzeugen Sie sich selbst, der Text wurde wirklich nur geringfügig von mir angepasst: Dann geh' doch (Anmerkung: endlich Olaf!!!)

Wenn du glaubst / Du verschwendest dein Leben mit uns / **Dann geh doch** Und was gestern noch war / Zählt heut nicht mehr bei dir / **Dann geh doch** Wenn du glaubst / Dass die Zeit für dich sinnlos verstreicht / Und ein Morgen, der dämmt / Dem anderen gleicht / Und der Sinn deiner Worte uns nicht mehr erreicht / **Dann geh doch** Wenn du glaubst / Dass du schnell das Vergangene vergisst (Anmerkung: Noch schneller?) / **Dann geh doch** Und das Gras scheint dir grüner dort / Wo du oft bist / **Dann geh doch** Du wir hatten nicht viel, darum fällt es nicht schwer / Aber wenn mit uns nichts mehr so ist wie bisher / Denn der Wind weht auf einmal von anderswo her / **Dann geh doch** Geh doch / Wir sagen dir / **Geh doch** Unser Schweigen allein kann die Antwort nicht sein / **Versteh' doch** Fragen, gibt es auch tausend Fragen / Wir wiss'n nur / Irgendwie müss'n wir / Was kommen wird / Ertragen Geh doch / Wir sagen dir / **Geh doch** Unser Schweigen allein kann die Antwort nicht sein / **Versteh' doch** Fragen, gibt es auch tausend Fragen / Aber wenn noch ein Funken von Anstand besteht / **Dann geh doch!** Übriges würde sich diese angepasste Satire hervorragend als Wahlkampfhymne eignen. Man darf doch mal träumen!

für dich als wir / **Dann geh doch** Und ein flüchtiger Rausch ein willkommener Tausch / **Dann geh doch** Du besitzt uns nicht, du gehörst dir allein / Letzten Endes wird alles wie wir es woll'n sein / Es wär' schön, / Wenn du gehst, doch siehst du es nicht ein / **Dann geh doch** Geh doch / Wir sagen dir / **Geh doch** Unser Schweigen allein kann die Antwort nicht sein / **Versteh' doch** Fragen, gibt es auch tausend Fragen / Wir wiss'n nur / Irgendwie müss'n wir / Was kommen wird / Ertragen Geh doch / Wir sagen dir / **Geh doch** Unser Schweigen allein kann die Antwort nicht sein / **Versteh' doch** Fragen, gibt es auch tausend Fragen / Aber wenn noch ein Funken von Anstand besteht / **Dann geh doch!** Übriges würde sich diese angepasste Satire hervorragend als Wahlkampfhymne eignen. Man darf doch mal träumen!

**Beste Grüße Ihre Hannelore Dedusch, Oberberg**

### Kirche: Maria und Josef sind ab sofort Flüchtlinge

„Krippen im Zeichen der Vertreibung“ „Alle Jahre wieder“ wird die biblische Weihnachtsgeschichte von den Medien, sowie von der Kirche, als Parallele zur heutigen Flüchtlingsbewegung interpretiert. Wer die Bibel kennt, der weiß genau, dass sich Maria und

Josef in Betlehem, weder als Flüchtlinge, noch als Vertriebene aufhielten. Aus heutiger Sichtweise befand sich Maria und Josef auf einem „Behördengang“ um sich vor Ort registrieren zu lassen. Hinsichtlich ihrer Beherbergung hat in erster Linie die Obrigkeit versagt. Diese hätte in den

entsprechenden Ortschaften für hinreichend Unterkunft sorgen müssen, zumal, davon gehe ich einmal aus, Maria und Josef nicht die einzigen waren, die in dieser Angelegenheit unterwegs waren.

**Michael Roth**

### Beifall für "Schrecken ohne Ende"

**Bergische Freiheit, 4. Quartal, Artikel: „Schrecken ohne Ende“ von Christina Euler**

Meinen Beifall für diesen mutmachenden Artikel. Angst wurde vor Jahren schon mit der angeblichen Terrorgefahr! und kürzlich erst wieder – es klingelt noch in den Ohren – mit Panik, Vorsicht, Abstand, Überfüllung der Krankenhäuser, Killervirus etc., in der breiten Bevölkerung hervorgerufen. Angst war das entscheidende Gefühl, das um sich greifen sollte, gemäß Politik und Medien. Ob begründet oder unbegründet, aber wenn die Politik das so sagt..... na ja, man will auch nicht durch Ungehorsam auffallen. Aber, wem sind wir denn wirklich Gehorsam schuldig? Schon Ostern 2020 wurde mir

persönlich blitzartig klar, dass die Angstmacherei konträr zur Bibel, zu GOTTES Wort steht. In der Bibel wird mehrfach geraten/geboten „Fürchtet euch nicht“. Und ich tat gut daran, mich an GOTTES Rat zu halten und nicht etwa den „Verordnungen“ der Politik hinterher zu laufen. Das halte ich auch weiter so, bei jeder sich neu präsentierenden Krise.

Und noch ein Tipp: Die Bibel, obwohl vor mehreren tausend Jahren geschrieben, ist so aktuell und spricht erstaunlich konkret in unsere „krisengeschüttelte“ Zeit und es ist tröstlich und friedevoll sich JESUS CHRISTUS anzuvertrauen.

**Erika Stockhausen Wermelskirchen**

### Ehrlich gesagt: Ein Krebsgeschwür

Ein Krebsgeschwür der deutschen Sprache, ist die ständig wiederholte Floskel „Ehrlich gesagt“.

Mit Floskeln wie, „Ehrlich gesagt“, um ehrlich zu sein, jetzt einmal ehrlich,

ich möchte mal ehrlich sein, oder wenn ich mal ehrlich bin, und so weiter und so fort, beruft sich unsere Gesellschaft, quer durch alle Schichten, selbstentlarvend auf ihre Ehrlichkeit.

Politiker benutzen diese Redewendung oft mehrfach

innerhalb einer einzigen Rede. Im Grunde stellen alle, die diese Floskel benutzen, ihre eigene Glaubwürdigkeit infrage, denn im Umkehrschluss bedeutet diese Redensart, dass sie es mit ihrer Ehrlichkeit sonst nicht so genau nehmen, und die Unwahrheit der Regelfall ist.

Wer grundsätzlich ehrlich ist, hat es nicht nötig, seine Ehrlichkeit hervorzuheben und auf eine Ausnahme zu reduzieren.

**Mit freundlichen Grüßen**

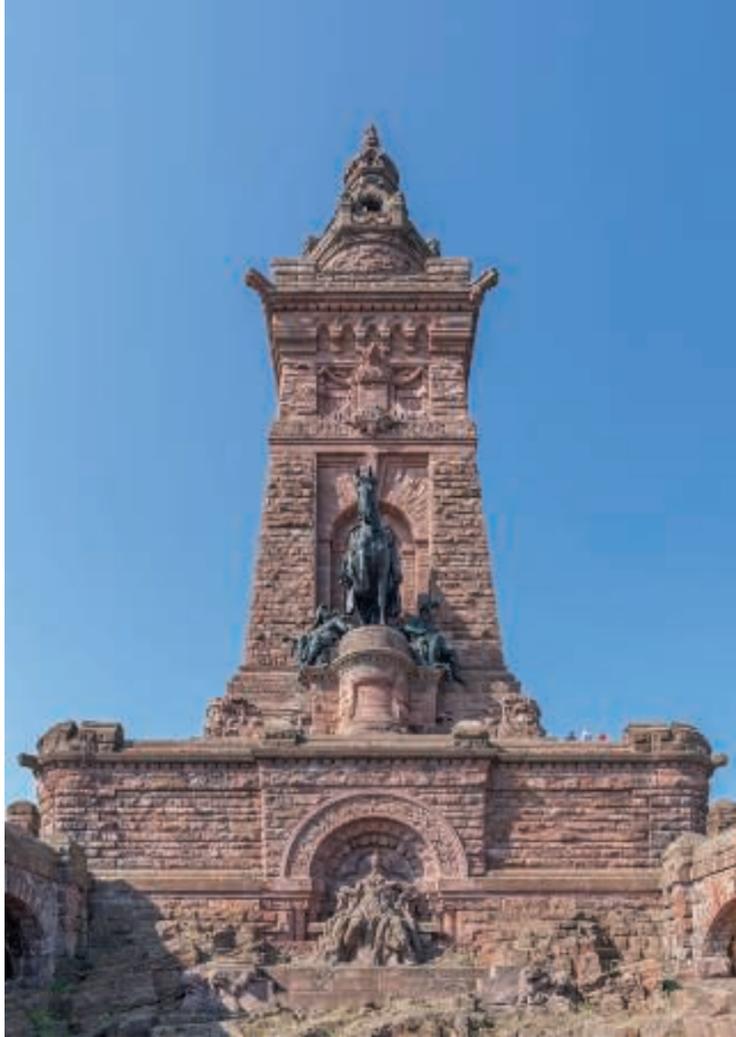
**Michael Roth**

## Anekdoten deutscher Geschichte



# Kyffhäuserdenkmal

VON JOHANN FEHNER



In der letzten Bergischen-Freiheit berichteten wir über Kaiser Barbarossa und sein Wirken. Quasi als Fortsetzung kann dieser Artikel über das Kyffhäuserdenkmal verstanden werden. Die Idee zum Bau des 81m hohen Denkmals entstand nach dem Tod Kaiser Wilhelms I. im Jahr 1888. Der Deutsche Kriegerbund schlug vor, dem verstorbenen Kaiser ein Denkmal zu errichten und wählte den Kyffhäuser als Standort. Der Bau begann 1890 nach Plänen von Bruno Schmitz.

Das Kyffhäuserdenkmal, auch als Barbarossa-Denkmal bekannt, ist dabei ein Monument deutscher Geschichte und Nationalmythologie.

Es gedenkt zum einen dem Gründer des zweiten deutschen Kaiserreiches, Wilhelm I, nimmt zum anderen aber Bezug auf Kaiser Barbarossa und schlägt damit eine Brücke zu seinen Wurzeln, dem Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation. Mit dem Kyffhäuser, einem isolierten, mit Laubwald bestandener Bergrücken südlich des Harzes, fanden die Initiatoren ein Standort, der den geschichtlichen und mythologischen Ansprüchen genügte.



Denn in der Kyffhäuser-Sage nach Fred Dittmann ist "der alte Kaiser Friedrich Barbarossa durch einen Zauber, in ein unterirdisches Schloss des Kyffhäuserberges versetzt worden. Hier sitzt er schlafend auf einem Stuhl von Elfenbein und stützt sein Haupt auf einen Marmortisch. Sein roter Bart, leuchtet wie die Glut des Feuers, ist um den Tisch gewachsen. Zuweilen bewegt Barbarossa das Haupt, hebt die schweren Augenlider und zwinkert alle 100 Jahre dem Zwerg Alberich zu, der kaum die



Größe eines Knaben hat. Er soll hinaufgehen und nachsehen, ob die Raben, die Bilder der Zwiertucht und des Unglücks, noch um den Kyffhäuser fliegen. Ist dies der Fall, so schließt der Kaiser seufzend die Augen und schläft abermals 100 Jahre. Erst, wenn der Bart ganz um den runden Marmortisch gewachsen ist und sich ein Adler aufschwingt, den Berg umkreist und den Rabenschwarm verscheucht, erst dann wird der Kaiser mit seinen gleichfalls verzauberten Getreuen erwachen."



Einen besseren Ort hätte sich Barbarossa für seinen Schlaf nicht aussuchen können, denn die Region ist durch eine Fülle von Sagen und Mythen durchzogen und damit befindet er sich unter seinesgleichen und in guter Gesellschaft.

<https://www.kyffhaeuser-denkmal.de>  
<https://www.region-suedharz-kyffhaeuser.de>

## Sie haben Interesse, sich bei der Bergischen Freiheit zu engagieren?

Wenn Ihnen die Zeitung gefällt und Sie sich bei dem Projekt engagieren möchten, zögern Sie nicht, uns anzuschreiben: Mail: [redaktion@bergische-freiheit.de](mailto:redaktion@bergische-freiheit.de) oder [info@i-f-ge.de](mailto:info@i-f-ge.de) bzw. auf dem Postweg unter Bergische Freiheit -Redaktion-, Zur Tränke 20, 53819 Neunkirchen-Seelscheid.

Ob Sie uns auf interessante Themen hinweisen möchten, die Sie gerne in der Zeitung wiedersehen würden oder direkt einen Artikel beitragen wollen, ob Sie bei der Verteilung oder in der Administration unterstützen möchten,

wir würden uns freuen, von Ihnen zu hören.

Ihre Redaktion

Spenden Sie per PayPal über unsere Webseite [i-f-ge.de](http://i-f-ge.de)

### Impressum Bergische Freiheit:

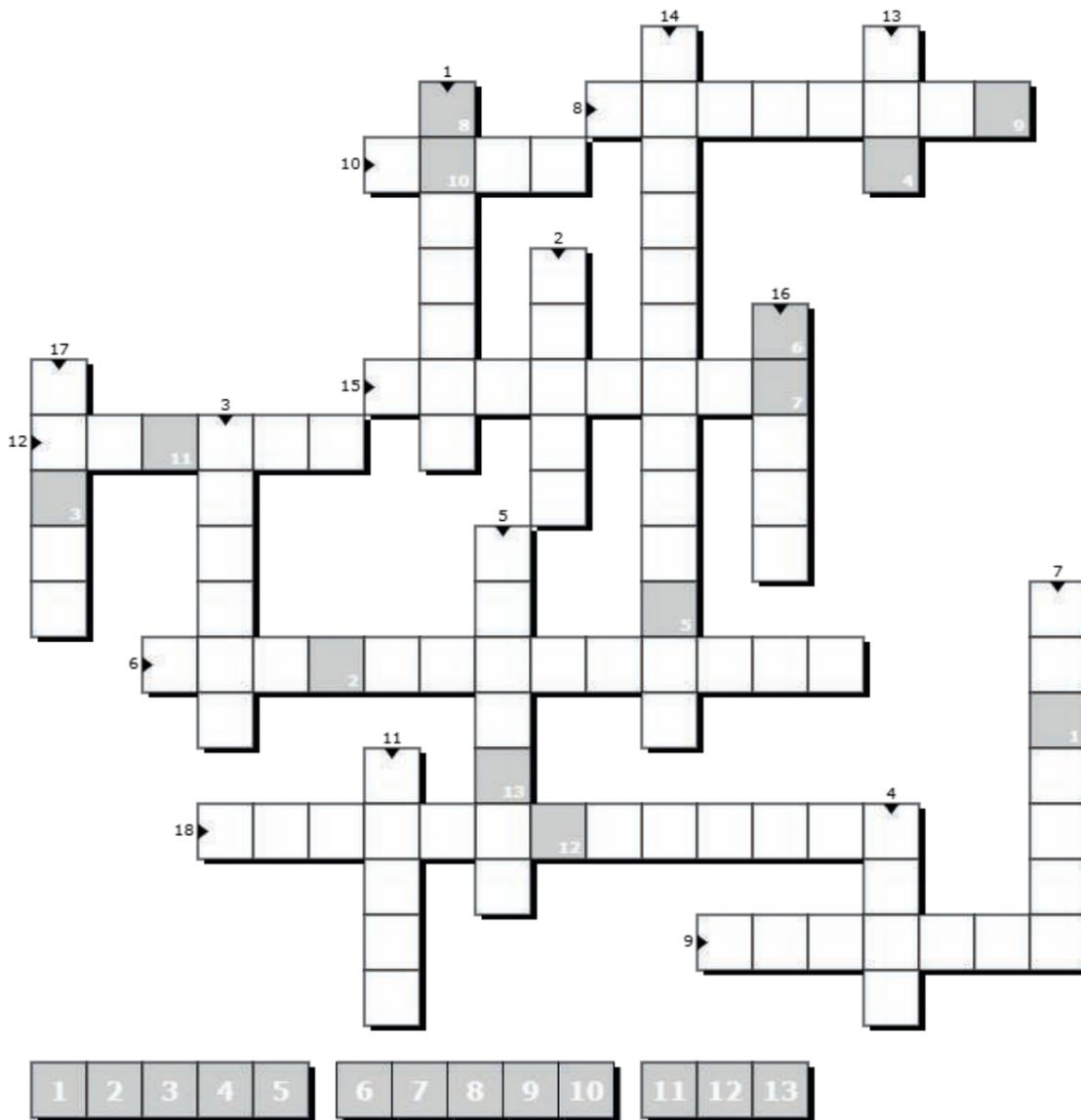
Verantwortlicher Verleger, Herausgeber und V.i.S.d.P.: Institut für Gesellschaftsentwicklung e.V. - Vereinsregister-Nr.: 558/2022 beim Amtsgericht Köln  
 vertreten durch: Iris Plehn, Zur Tränke 20, 53819 Neunkirchen-Seelscheid, E-Mail: [info@i-f-ge.de](mailto:info@i-f-ge.de) - Redaktion: Iris Plehn (verantwortlich)

Spendenkonto: I-f-GE, Kreissparkasse Köln, IBAN: DE87 3705 0299 0320 5556 20, Verwendungszweck: Spende, Ihr Name, Ihre Adresse (für Spendenbescheinigung)

Presserechtliche Ansprüche im Zusammenhang mit Veröffentlichungen und Anfragen aller Art richten Sie bitte an: [redaktion@bergische-freiheit.de](mailto:redaktion@bergische-freiheit.de)

# 12 | Unterhaltung

## Kreuzworträtsel



- 1. Volant
- 2. Antrieb
- 3. Pneu
- 4. Hintere Sitze
- 5. verlangsamen
- 6. Gas geben
- 7. Anlasser
- 8. Kraftschluss
- 9. Fahrtrichtungsanzeiger
- 10. Hinteres Autoteil
- 11. Vorderes Autoteil
- 12. Offenes Auto
- 13. Mehrpersonenfahrzeug
- 14. Fahrerlaubnis
- 15. Stromversorgung
- 16. Halterung für Reifen
- 17. Verbindung zwischen Rädern
- 18. Eigentumsnachweis

Lösung auf Seite 3



Erstellt mit XWords - dem kostenlosen Online-Kreuzworträtsel-Generator  
<https://www.xwords-generator.de/de>

## Sudoku

Das Ziel dieses Logik-Rätsels ist das große 9x9-Gitter mit den Ziffern 1 bis 9 so zu füllen, dass jede Ziffer sowohl in jeder der 9 3x3-Einheiten genau einmal vorkommt – und ebenso in jeder 9-er Zeile und 9-er Spalte (waagrecht und senkrecht) jede Ziffer nur einmal vorkommt.

Viel Spaß dabei.

3	8			5		2	9	1
7						5		4
	9		3		2			
		3		4	5		2	
4			2		7		6	3
		1	6	3			8	
6		5		7	1			2
				6	3	5		
				2				7

		2						
	6	4		5		1		3
		3				4	8	5
5						3	9	8
		8	6					7
3					1	6		2
9	4	7	8					
6			2	7		9		
2	3	5		4				

Erstellt auf <https://www.kompf.de/sudoku>